Sonnabend, 1. Oktober 1932
Nr. 223. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Wochenend-ausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Für die Listen der SAP!

SAP und Reichstagswahl

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben:

Nachdem feststand, daß am 6. November wieder mal ein neuer Reichstag gewählt wird, hat die Parteileitung der SAP den Organisationen der Partei die Frage zur Entscheidung unterbreitet, ob es angesichts der Tatsache, daß in Deutschland das Parlament praktisch außer Kurs gesetzt ist, noch einen Wert hat, sich mit eigenen Listen an der Reichstagswahl zu beteiligen.

Alle Bezirke haben zu dieser Frage Stellung genommen und obwohl in keinem Bezirk irgendeine Illusion über den Wert unseres Reichstages vorhanden ist, haben die Organisationen der Partei entschieden, daß sich

die SAP bei der Reichstagswahl am 6. November mit eigenen Listen beteiligt und auch eine eigene Reichsliste aufstellt

Nach diesem Beschluß, der auf breitester demokratischer Grundlage von den Organisationen gefaßt worden ist, ist für die Reichstagswahl die Aktion der Partei festgelegt, muß von allen Mitgliedern die Aktion im Sinne der Beschlüsse geschlossen durchgeführt werden. Trotz unserer verstärkten Bemühungen um die Herbeiführung der geschlossenen Aktion der Arbeiterklasse muß die SAP bei diesem Wahlkampfe ihr eigenes Gesicht zeigen, muß ihre Forderungen zur Rettung der Arbeiterklasse, ihre positiven Vorschläge für den von der Arbeiterklasse zu beschreitenden Ausweg aus der Krise in den Vordergrund rücken. Die SAP wird bei den gegenwärtigen Aktionen positive Forderungen den Massen unterbreiten, wird mit aller Leidenschaft um die Gewinnung und Mobilisierung der Massen für die positiven Kampfforderungen der Arbeiterklasse in dieser Zeit ringen.

Stärkste Aktivität für die Stärkung der SAP, für die Durchsetzung des Wollens der SAP ist die besondere Aufgabe der nächsten Wochen, die zu erfüllen Pflicht jedes SJV- und SAP-Genossen ist!

„Der Mann auf der Straße ist der unnützen Worte müde"

Berechtigte Kritik und gekünstelter Optimismus

Genf, 27. September.

Der Völkerbundsrat hat einen Appell an Bolivien und Paraguay gerichtet und die beiden Staaten aufgefordert, die Feindseligkeiten einzustellen.

Genf, 28. September.

In der Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Die Ausführungen der Vertreter Boliviens und Paraguays, die von der Tribüne der Versammlung ihren Friedenswillen bekundeten, gaben dem Präsidenten der Versammlung, Politis, Gelegenheit, die beiden Staaten zur Befolgung der Völkerbundssatzung zu mahnen, damit die „unglückselige Meinungsverschiedenheit" (!) aus der Welt geschafft werde.

Der schweizerische Bundespräsident Motta sprach zur Vertrauenskrise des Völkerbundes. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die auf der Abrüstungskonferenz entstanden seien, betonte aber, daß der Völkerbund als solcher daran keine Schuld habe, sondern daß die Schuld hierfür bei den Regierungen, aus denen sich der Völkerbund zusammensetze, liege. Keine Regierung könne die Verantwortung für ein Scheitern des Völkerbundes übernehmen, der ein Bollwerk des Friedens sei. Man könne nicht leugnen, daß eine Vertrauenskrise bestehe. Der Mann auf der Straße sei der unnützen Worte müde. Er habe den Eindruck, daß die Taten mit den Worten, die im Völkerbund gesprochen würden, nicht übereinstimmten. Alle Menschen seien von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit überzeugt. Man dürfe das Instrument der internationalen Zusammenarbeit nicht zerbrechen. Denn wenn es einmal zerbrochen wäre, könne es nicht mehr wiederhergestellt werden.

Genf, 29. September.

Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung hielt Herriot die angekündigte Rede. Zur Abrüstungsfrage erklärte er, er habe nicht die Absicht, Worte zu gebrauchen, die die Stimmung der Versammlung trüben könnten. Wir sind nicht hier, so erklärte er, um festzustellen, was uns trennt, sondern was uns vereint. Welcher Art auch die Komplikationen sein mögen — Frankreich hat den festen Willen, im Interesse der Abrüstungskonferenz und der allgemeinen Beruhigung mutig an diese Schwierigkeiten heranzugehen.

Er könnte nicht zugeben, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz im Juni und Juli ohne reale Bedeutung gewesen wären. Es seien die ersten Ergebnisse der Konferenz. Man sei jetzt aus dem Gebiet der Ideologie auf das Terrain der Realität gestiegen. Und hier liege eine der Ursachen der Krise, in der sich der ganze Völkerbund befinde. Um eine Ordnung zu schaffen, sei Voraussetzung die Liquidierung einer furchtbaren Vergangenheit. Wenn man frage, welches die Doktrin Frankreichs sei, so antwortete er: der Völkerbundspakt, und zwar der ganze Völkerbund.

Die Konferenz von Lausanne habe trotz aller Schwierigkeiten und gegensätzlichen Meinungen mit einem Übereinkommen geendet. Die Ergebnisse von Stresa seien der Auftakt für die Weltwirtschaftskonferenz. Angesichts dieser Tatsache könne man nicht sagen, daß das vergangene Jahr unfruchtbar gewesen sei. Der Völkerbund habe zwei Feinde: die Reaktion und die Demagogie. Auf beide könne man keine Rücksicht nehmen.

Herriot schilderte dann weiter die Tätigkeit des Völkerbundes im vergangenen Jahr auf dem Gebiete der Friedenssicherung. Er erwähnte den Eintritt der Türkei und die bevorstehende Aufnahme des Irak und erklärte, der Völkerbund hätte zwei Aufgaben, nämlich die Verminderung, wenn nicht gar die Unterdrückung der alten Geheimdiplomatie, die so viele Kriege hervorgerufen habe, und die Beendigung des klassischen Systems der Gruppierungen der großen Mächte nach Gesichtspunkten des Gleichgewichtes. Der Völkerbund habe noch nicht den Krieg beseitigen können, aber die Gewaltanwendung sei vermindert worden. Herriot schloß mit einer Erinnerung an Briand.

Nach dem französischen Ministerpräsidenten ergriff der englische Delegierte Lord Robert Cecil das Wort. Lord Cecil sprach erneut sein Bekenntnis zum Prinzip des Völkerbundes aus. Die Kritiker des Völkerbundes hätten unrecht, wenn sie sagten, daß der Völkerbund nichts tue. Der englische Delegierte kam sodann auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen, die endlich geklärt werden müßten. Mit einem Übereinkommen zwischen Deutschland und Frankreich würden 75 Prozent der Beunruhigung der Welt aufhören. Lord Cecil ermahnte die beiden Länder, ihre Politik den Prinzipien des Völkerbundes, zu denen sie sich beide feierlich bekannt hätten, anzupassen.

Als dritter Redner sprach der italienische Unterstaatssekretär Aloisi, der den Willen der italienischen Regierung zu einer aktiven Mitarbeit an der Behebung der bestehenden Schwierigkeiten bekundete. Das Problem der Abrüstung sei seit dem September vergangenen Jahres, als die italienische Delegation ihren Vorschlag für ein Rüstungsfeierjahr vorbrachte, durch ein langes, schweres und erschöpfendes Stadium technischer Diskussionen gegangen. Trotzdem habe die italienische Regierung nicht die Hoffnung und den Willen verloren, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Italien halte nach wie vor an seinen Grundsätzen fest, nämlich an einer größtmöglichen Herabsetzung der Rüstungen, an einer Erhöhung der Sicherheit durch die Abrüstung und dadurch auch an der Erhöhung der Sicherheit jedes Einzelnen und aller Staaten.

Das zweite Problem, dem die italienische Regierung die größte Bedeutung zumesse, sei der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt, um endlich wieder zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen. Mit Einschränkungen, Kontingentierungen und Präferenzen, mit Handelshemmnissen und mit Auswanderungsverboten würde nur das Gegenteil erreicht. — Italien habe durch seine bisherige Wirtschaftspolitik, die allen Einschränkungen abhold sei, zur Genüge gezeigt, daß ihm der gute Wille nicht fehle.

Immer neue Freidenker-Verfolgung

Kämpft dagegen, ehe es zu spät ist!

CNB. Berlin, 29. September.

Eine Durchsuchung der Büroräume der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge" in der Wilhelmstraße und der Potsdamer Straße bestätigte den von den Polizeibehörden gehegten Verdacht, daß der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1932 aufgelöste Verband proletarischer Freidenker im geheimen weiter bestanden hat und daß die Organisation der „Volkshilfe" lediglich eine Tarnung für den verbotenen Verband gewesen ist. Die Büroräume der „Volkshilfe" wurden geschlossen und das dort vorgefundene Material beschlagnahmt.

•

Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob diese Behauptungen der Polizei den Tatsachen entsprechen. Aber selbst wenn es der Fall wäre, müßte die ganze Arbeiterklasse protestieren gegen diese Verfolgung aller freidenkerischen Bestrebungen — eine Verfolgung, die nach dem kürzlich veröffentlichten Beschluß eines Landtagsausschusses nun auf alle Freidenkerorganisationen ausgedehnt werden soll. Wenn die Führung der SPD auch weiterhin zu diesen Dingen schweigt und die KPD infolge ihrer Selbstausschaltung aus den Massenorganisationen auch in dieser Frage einflußlos ist, so müssen unsere Genossen ihre Anstrengungen verdoppeln, um allerorts zum Kampf gegen diese Gefahren aufzurufen — ehe es zu spät ist!

Der Weg zur Aktion

Von Maria Grollmuß.

Die eifrige Propagandaarbeit unserer Genossen in den letzten Wahlkämpfen hat nicht vermocht die Isolierung zu durchstoßen und unserer organisatorisch ziemlich gut fundierten Partei Masseneinfluß zu verschaffen. Die Grenzen der Propaganda und Agitation, die Grenzen der Ueberzeugung durch das bloße Wort sind deutlich geworden. Die revolutionäre Partei ist keine Propagandagesellschaft. Sie lebt und wächst nicht durch Worte, sondern durch Taten. Die revolutionäre Partei ist Führerin der Arbeitermassen zur Aktion.

So lange unsere Partei im Stadium der Propaganda, dem Anfangsstadium einer jeden Partei, steckte, konnte sie Masseneinfluß nicht gewinnen. Ihre bisherige Kleinheit ist notwendige Folge ihres bisherigen Entwicklungszustandes. Will unsere Partei wachsen, muß sie dieses Anfangsstadium überwinden.

Sie muß den Weg zur Aktion beschreiten. Das ist der einzige Weg, der zur Massenpartei führt.

Die Klassenaktion, Massenaufmarsch, Streik, Abwehrkampf, Machtübernahme, wird nicht durch gutes Zureden erreicht. Sie ist Frucht eines Vertrauens, das nur durch praktisches Handeln erworben werden kann. Eine Partei, die Aktionen auszulösen und zu führen vermag, muß eine Autorität besitzen, die sich nicht auf platonische Zustimmung zu ihren Vorschlägen gründet, sondern auf der Anerkennung der Position beruht, die die Partei im praktischen Leben der Klasse einnimmt.

Darum liegt vor jeder großen Aktion, die die Massen in Bewegung setzt, eine Reihe von vielen kleinen und kleinsten, unscheinbaren Aktionen, liegt die praktische Bewährung im Tageskampf des Proletariats.

Der Tageskampf wird in den Gewerkschaften geführt. Darum geht der Weg zur Aktion, der einzige Weg, der uns aus der Isolierung heraus an die Spitze der Massen führen kann, über die Gewerkschaften.

Auch heute, auch in der Krise, auch im Kampf um die Staatsmacht, ist eine proletarische Aktion nur dann möglich, wenn die Gewerkschaften dafür eingesetzt werden. Die Generalstreikparole der KPD am 20. Juli verpuffte wirkungslos ins Nichts, weil die Gewerkschaften nicht hinter ihr standen. Die deutschen Arbeiter führen keinen Kampf, weder einen ökonomischen noch einen politischen, ohne ihre Gewerkschaften. Nur die Partei kann die Massen in Bewegung setzen, die die Gewerkschaften zu bewegen vermag. Die Gewerkschaftspositionen einer Partei sind der Gradmesser ihrer Verankerung im praktischen Leben der Klasse. Darum wird nur eine Partei mit gewerkschaftlichen Positionen von den deutschen Arbeitern wirklich ernst genommen. Die führende und entscheidende Stellung der SPD beruht auf ihrem beherrschenden Einfluß in den Gewerkschaften. Und die gewerkschaftliche Einflußlosigkeit macht die KPD im Augenblick der Entscheidung zur bloßen Stimmzettelpartei.

Unsere Partei muß, will sie sich nicht selbst aufgeben, in den Kampf um den gewerkschaftlichen Einfluß eintreten. Sie muß den reformistischen Einfluß in den Gewerkschaften brechen, den revolutionären Einfluß steigern und zum Siege führen.

Unsere Partei muß zur führenden Kraft der revolutionären

Gewerkschaftsopposition werden. Ihre Existenz als Partei hängt davon ab.

Aber die revolutionäre Partei ist nicht um ihrer selbst willen, sie ist um der Klasse willen da. Die Existenz unserer Partei ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie den Notwendigkeiten der Klasse entspricht.

Ist die proletarische Aktion, die vom Tageskampf zur Machtübernahme aufsteigt, jene Aktion, die das Lebenselement unserer Partei darstellt, eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse oder ist sie es nicht? Sie ist der einzige und letzte Ausweg. Der Gedanke der proletarischen Aktion ist zum Allgemeingut der Arbeitermassen geworden.

Die sozialdemokratische Führung hat diesen Gedanken aus dem Bewußtsein der Massen herausgegriffen und zur Parole der sozialistischen Aktion erhoben. Und damit hat die Sozialdemokratie, nachdem sie jahrzehntelang die Arbeiter nur verwirrt und auf Irrwege getrieben hat, endlich wieder einen Wegweiser aufgestellt, der den Massen die rechte Richtung weist.

Aber es kommt nicht darauf an, nur einen Wegweiser aufzurichten. Man muß den Weg zur Aktion auch wirklich gehen. Und da versagt die Sozialdemokratie, weil sie eine reformistische Partei geblieben ist, weil sie nur die Parole und nicht die Politik gewechselt hat. Sie beschränkt sich auf parlamentarische Anträge und behält sich allenfalls vor, wenn's hoch kommt, „links" ihre parlamentarischen Manöver gelegentlich durch Aufmärsche der Eisernen Front zu unterstützen. Sie proklamiert die Enteignung der Schlüsselindustrien, die Enteignug des Großgrundbesitzes und jetzt die Einleitung eines Volksentscheides gegen die Papennotverordnung, aber sie verzichtet auf die gewerkschaftliche Mobilisierung in den Betrieben. Sie eröffnet den Kampf gegen das Kapital mit den großten Worten, aber sie unterläßt auch die kleinste Tat.

Eine wirkliche sozialistische Aktion wächst aus den Massen heraus, sie entwickelt sich in den Betrieben und auf der Straße, sie wird groß mit der Verstärkung der Arbeitermacht. Abwehr des Lohnabbaus, Wiederherstellung der Sozialversicherung, Kontrollrecht der Betriebsräte, Uebernahme stillgelegter Betriebe sind Etappen der „Sozialistischen Aktion". An ihrem Ende, nicht an ihrem Anfang, steht die Enteignung von Großindustrie und Großlandwirtschaft. Sie kann nur kommen als Frucht der im gewerkschaftlichen Massenkampf errungenen Kontrolle der Produktion. — Wenn die Sozialdemokratie den Weg zur Sozialistischen Aktion nicht gehen will und nicht gehen kann, so muß eine andere Kraft die Arbeiterklasse auf diesen Weg weisen. Wenn die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den gewerkschaftlichen Kampf der Sozialistischen Aktion nicht entfacht, so muß die Gewerkschaftsopposition einspringen.

Unsere Partei, die zur führenden Kraft der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden will, muß die Aufgabe aufgreifen, die der reformistischen Sozialdemokratie aus den Händen fiel. Sie muß den gewerkschaftlichen Kampf zur Realisierung der Sozialistischen Offensive, der Sozialistischen Aktion, auslösen. Die Beschlüsse unseres Parteivorstandes zeigen den Weg. Streik gegen den notverordneten Lohnabbau, Umwandlung der Volksentscheidskampagne in eine praktische Massenaktion.

Die Notwendigkeiten von Partei und Klasse fallen zusammen. Der Weg zur Aktion, der Weg des revolutionären Gewerkschaftskampfes ist der einzige — und der sichere — Rettungsweg für Partei und Klasse.

Gewerkschaftsfunktionäre kommen zur SAP

Celle, 28. September.

Heute erklärten der Vorsitzende der 360 Mitglieder starken Ortsgruppe des Baugewerksbundes, der Genosse Wesemann, und der Schriftführer des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes, der Genosse Maurer, ihren Eintritt in die SAP. Beide Genossen sind viele Jahre in der KPD bzw. SPD organisiert gewesen. Der Genosse Wesemann, der auch Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses ist, ist seit 1911 politisch organisiert.

Keine Gemeindewahlen in Preußen

Berlin, 29. September.

In seiner heutigen Vollsitzung hat der preußische Staatsrat beschlossen, Einspruch gegen das vom preußischen Landtag verabschiedete Gesetz zu erheben, wonach die Kommunalwahlen in Preußen zusammen mit der Reichstagswahl am 6. November stattfinden sollten. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, könnte nur eine Zweidrittelmehrheit des Landtages den Einspruch des Staatsrates gegen die Durchführung der Gemeindewahlen am 6. November wirkungslos machen. Da aber die Mehrheitsverhältnisse im Landtag dahin feststehen, daß eine solche Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen ist, gilt es als unwahrscheinlich, daß das Landtagsplenum wegen dieser Angelegenheit noch einmal vor den Reichstagswahlen zusammenberufen wird.

Die Erfolge der Arbeiterparteien

bei den schwedischen Reichstagswahlen

P. P. Die Zahlen über die schwedischen Reichstagswahlen, die in der vorigen Woche stattfanden, liegen jetzt vor. Sie zeigen eine schwere Niederlage der Bürgerlichen und einen starken Erfolg der Arbeiterparteien, Ausdruck der Wirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des Kreuger-Trusts. Zu dem Ergebnis ist folgendes zu bemerken: Nach den Reichstagswahlen im Jahre 1928 hat sich die Kommunistische Partei Schwedens gespalten. Der Hauptteil löste sich wegen des ultralinken Kurses von der Kommunistischen Internationale. Er stimmt im wesentlichen mit unseren grundsätzlichen und taktischen Auffassungen überein. Die ultralinke Minderheit, die von Sillén geführt wird und bei der Kommunistischen Internationale blieb, hat ihren Stamm hauptsächlich in Norrbotten (Nordosten Schwedens) und in Göteborg. Es wurden abgegeben:

	1928	1932	Zu- resp. Abnahme
Konservative . . .	692 504	579 462	—113 042
Bauernbund . . .	263 504	349 703	+ 85 199
Liberale	54 366	43 308	— 11 058
Freisinnige . . .	313 221	250 297	— 67 924
Sozialdemokraten .	873 931	1 042 063	+168 132
Kommunist. Partei	—	132 368	—
Sillén-Partei . . .	—	74 221	—
Kommunist. zus. .	151 567	206 589	+ 55 022

Mit den Stimmen einiger kleinerer Parteien, darunter zum ersten Male 15 000 nationalsozialistische Stimmen, ergibt sich für die bürgerlichen Parteien eine Stimmenzahl von 1 238 034 und ein Verlust von 285 561 Stimmen, für die Arbeiterparteien eine Stimmenzahl von 1 248 652 und ein Gewinn von 223 154 Stimmen. Charakteristisch für die Kräfteverteilung innerhalb der Arbeiterparteien sind folgende Einzelresultate:

	Sozialdemokraten 1928	Sozialdemokraten 1932	Komm. zus. 1928	KPS 1932	Sillén 1932
Stockholm Stadt	83 875	111 314	27 152	29 728	5 037
Stockholm Land	39 809	50 163	9 668	11 136	1 212
Upsala	20 805	21 130	2 923	6 024	69
Södermanland	36 281	40 823	2 026	4 437	164
Malmöhus	54 942	60 155	503	1 482	374
Göteborg Stadt	44 860	50 726	8 777	2 615	9 403
Wermland	44 506	47 181	11 815	11 381	2 948
Oerebro	35 552	40 371	4 698	6 993	689
Kopparberg	38 315	40 437	9 172	15 097	1 008
Gävleborg	40 570	43 585	13 045	13 703	6 967
Västernorrland	41 227	48 617	9 848	6 834	7 002
Norrbotten	15 026	18 785	12 529	734	15 869

Der alten Kommunistischen Partei ist es also in den meisten Wahlkreisen gelungen, die frühere Stimmenzahl der Gesamtpartei zu halten oder gar zu übertreffen. Im neuen Reichstag haben die bürgerlichen Parteien 118 gegen früher 132 Sitze, die Arbeiterparteien 122 gegen früher 98 Sitze. Die Kommunistische Partei hat im alten Reichstag 8 Mandate gehabt, die in den Händen der Mehrheit blieben. Im neuen Reichstag hat sich die Zahl der kommunistischen Abgeordneten wegen der Eigenart des Wahlrechts nicht erhöht. Die Mehrheitspartei mußte aber 2 Sitze an die Sillén-Partei abgeben

Totschlags-Prozeß gegen Eiserne Front

Anklage gegen Nazis nur wegen Körperverletzung

Der Prozeß, der gestern vor der zweiten Strafkammer des Sondergerichts unter dem Rubrum „Schmidt und Genossen" aufgerufen wurde, hat eine verwickelte Vorgeschichte. Es handelt sich um die Klärung eines politischen Zusammenstoßes, der sich am 10. Juli in der Ortschaft Börnicke bei Nauen ereignete und bei dem drei SA-Leute verletzt wurden. An diesem Tage veranstaltete die Eiserne Front eine Propagandafahrt nach Grensee und Rheinsberg, und die Standarte 24 der Nationalsozialisten unternahm einen Aufmarsch in Velten, zu dem auch SA-Leute aus Fehrbellin und Nauen erschienen waren. Die Fehrbelliner SA-Männer sollten in dem Dorf Börnicke in ein besonderes Auto umsteigen. Während das Auto in der Ortschaft auf die Nationalsozialisten wartete, kam die Motorradstaffel der Eisernen Front durch den Ort; eines von diesen Motorrädern hatte einen Defekt, so daß es halten mußte. Die Panne wurde dem Führer der Reichsbannerstaffel, dem Angeklagten Voß, gemeldet, der daraufhin umkehrte um das beschädigte Motorrad abzuschleppen. Er soll dann, nach Angabe der Anklageschrift, als er in Börnicke eintraf und den nationalsozialistischen Kraftwagenzug sah, umgekehrt sein und die ganze Reichsbannerstaffel an den Ort geholt haben.

Die SA-Leute fielen inzwischen über die in Börnicke zurückgebliebenen Reichsbannerleute her,

und versuchten, ihnen Waffen zu entreißen, die sie in ihren Händen zu sehen glaubten. Als dann die Reichsbannerstaffel zurückkehrte, soll Voß eine Schützenlinie über die ganze Straße haben legen lassen und den Befehl zum Feuern gegeben haben. Nach der Schießerei ist die Reichsbannerstaffel abgefahren. Zwei Motorräder wurden dabei von den Nationalsozialisten verfolgt und

ihre Insassen so mißhandelt, daß vier Angehörige der Eisernen Front verletzt wurden.

Die Anklage gegen die Reichsbannerleute lautet auf versuchten Totschlag und Anstiftung dazu. Die Anklage gegen die beiden Nationalsozialisten lautet auf Körperverletzung!

Gestern wurden die Angeklagten vernommen. Der Angeklagte Schmidt sagte aus, daß er mit dem Führer Voß zusammen im Motorrad gesessen habe. Als sie zurückgefahren wären, um das liegengebliebene Fahrzeug abzuschleppen, seien sie

von den Nationalsozialisten mit Biergläsern beworfen

worden. Daraufhin sei der Alarm bei der Reichsbannermotorradstaffel erfolgt. Als die Motorräder dann zurück nach Börnicke fuhren, um den bedrohten Kameraden zu helfen, hätten die Nationalsozialisten auf dem Fahrdamm gestanden und die Straße versperrt. Sie seien über zwei Motorräder hergefallen und hätten die Insassen mit Spaten geschlagen. Einer der Reichsbannerleute sei blutüberströmt weggelaufen. Wer geschossen hat, weiß Schmidt nicht. Er sagt selbst, daß er niemals eine Waffe besessen habe.

Vors.: Aber Sie wissen doch, daß drei Nationalsozialisten durch Schüsse verletzt worden sind?

Schmidt: Das habe ich erst später gehört.

Schmidt erklärte weiter, daß die Behauptungen, die Reichsbannerleute hätten eine Schützenkette gebildet, falsch seien.

Vors.: Sie sollen doch eine Waffe in der Hand gehabt haben?

Schmidt: Das ist eine Luftpumpe gewesen.

Der Führer der Reichsbannerstaffel, Voß, erklärte, die Nationalsozialisten hätten sein Motorrad zum Halten aufgefordert und wären

mit erhobenen Spaten auf ihn und seinen Mitfahrer losgestürzt.

Er habe Vollgas gegeben und sei zu der Staffel zurückgefahren, weil er dachte, daß die in dem Ort zurückgebliebenen Reichsbannerleute von SA-Männern bedroht seien. Voß erklärte, er sei der Meinung gewesen, daß

die Nationalsozialisten den ersten Schuß abgegeben hätten.

Ihm selbst sei eine Kugel am Kopf vorbeigepfiffen, und er habe deutlich gesehen, wie ein Nationalsozialist sechs bis acht Schüsse auf die abfahrenden Reichsbannermotorräder abgegeben hätte. Voß hat dann selbst das Ueberfallkommando alarmiert.

Im weiteren Verlauf des Prozesses erklärten die beiden angeklagten Nationalsozialisten, daß sie erst geschlagen hätten, nachdem die Reichsbannerleute geschossen hatten. Einer der Nationalsozialisten sagt, der Staffelführer Voß habe eine Pistole in der rechten Hand gehabt. Es stellt sich aber heraus, daß Voß bei seinem Motorrad die rechte Hand am Gashebel haben muß, und daß das Rad sofort stehen bleibt, wenn er sie fortnimmt.

Die einseitige Polizei

Genosse Rosenfeld klagt an

Im Sondergerichtsprozeß Röntgenstraße kam es gestern zu einer dramatischen Gegenüberstellung zwischen der Frau Engelhardt, die gegenüber dem SA-Lokal wohnt, und dem SA-Mann Hamm. Frau Engelhardt erklärt,

daß Hamm der Mann sei, den sie mit der Pistole in der Hand habe kommen sehen und der geschossen habe.

Hamm bietet einen Beweis dafür an, daß er während der Schießerei gar nicht in dem Lokal gewesen sei. Zu dieser Zeit sei er mit einem SA-Mann wo anders zusammen gewesen und habe auch mit einem allerdings ihm unbekannten Polizeibeamten gesprochen. Die Verteidigung bemüht sich, dieses Alibi zu entkräften. Rechtsanwalt Rosenfeld stellt fest,

die Untersuchung der Polizei habe sich von vornherein in falscher Richtung bewegt.

Auf die Idee, daß Nationalsozialisten geschossen haben, sei die Polizei gar nicht gekommen. Zum mindesten habe sie diesbezügliche Spuren nicht verfolgt.

Auch Rechtsanwalt Litten macht der Polizei Vorwürfe. Im Falle Hamm sei ein Mittäter ohne Nachweis seines Alibis wieder entlassen worden.

Von der Streikfront

Köln, 29. September.

Die etwa 500 Mann umfassende Belegschaft der Firma Hermann Baldus A.G. in Friedrichsthal ist gestern wegen Kürzung der Arbeitszeit und entsprechender Senkung der Löhne in den Streik getreten.

Gladbach-Rheydt, 29. September.

CNB. Die Belegschaft der Schuhfabrik Stern & Co., Gladbach-Rheydt, ist heute vormittag in Stärke von 180 Arbeitern mit Ausnahme einiger weniger älterer Betriebsangehöriger in den Streik getreten. Der Grund des Streiks ist der, daß die Belegschaft die auf Grund der letzten Notverordnung der Reichsregierung bei Neueinstellungen durchzuführende Lohnsenkung nicht anerkennen will. Die Firma hat die fristlose Entlassung der Streikenden ausgesprochen.

Belegschaft Alexanderwerk lehnt Schiedsspruch ab

Remscheid, 29. September.

WTB. Zu dem gestern vom Schlichter unterbreiteten Vorschlag im Lohnstreik im Alexanderwerk nahm die Belegschaft heute nachmittag in einer Abstimmung Stellung. 694 Stimmen der Arbeitnehmer lehnten den Vorschlag des Schlichters ab. Nur zwei Stimmen waren dafür. Der Streik wird geschlossen fortgeführt.

Der famose Vorschlag des Schlichters mutete den streikenden Arbeitern zu, sie sollen die Arbeit sofort wieder aufnehmen und die endgültige Entscheidung über Lohnabbau einem Urteil des Arbeitsgerichtes, dem sich dann beide Parteien zu fügen haben, überlassen.

Die Arbeiter waren klug genug, diesen hinterhältigen, totsicher ein Lohnabbauurteil bringenden Vorschlag einmütig abzulehnen und die Fortsetzung des Streiks zu beschließen.

Der Textilarbeiterstreik in Chemnitz

gegen Notverordnungslohnabbau dehnt sich immer mehr aus. In zahlreichen Betrieben, darunter die Großbetriebe Goeritz und Felix Frank, sowie seit Donnerstag 100 Mann der Firma Goerling, stehen über 1000 Textilarbeiter im Streik. In den übrigen Betrieben wächst die Erregung und Streikstimmung täglich.

In Grünberg traten die Gießereiarbeiter der Maschinenfabrik Babrowski gegen einen 20prozentigen Lohnabbau für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde in den Streik.

Verschärfung des Scherl-Streiks

Der Streik im Hugenbergdruckereibetrieb von A. Scherl in Berlin hat insofern eine Verschärfung erfahren, als sich das Versandpersonal und die Zeitungsfahrer angeschlossen haben.

In Buchholz bei Berlin beschloß die Belegschaft von Stern-Lowenstein mit 356 gegen 34 Stimmen den Streik gegen Lohnabbau.

In der Isselburger Hütte kündigte die Betriebsleitung einen Lohnabbau von 40 und 50 Prozent für die 31. bis 40. Stunde an. Mit 200 gegen 1 Stimme beschloß die Belegschaft den Streik.

Erfolgreiche Lohnraubabwehr

Bei der Radioröhrenfabrik „Valvo" in Lokstedt bei Hamburg traten auf angekündigten Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen zu einer Versammlung zusammen, um Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu beschließen. Die Direktion hielt es für angebracht, kurz vor Anfang der Versammlung nochmals mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Ergebnis: Schriftlicher Verzicht der Firma auf Lohnabbau; jedoch Einführung der 40-Stundenwoche und Neueinstellung von zirka 40 Kolleginnen. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß für die Arbeiterschaft nach wie vor die Forderung der 40-Stundenwoche nur in Verbindung mit vollem Lohnausgleich besteht.

Massenkündigungen in preußischen Ministerien

Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, ist soeben im Preußischen Landwirtschafts-, Handels- und Wohlfahrtaministerium sämtlichen Angestellten zum 1. April 1933 gekündigt worden. Die Maßnahme soll mit der bevorstehenden „Verwaltungsreform" zusammenhängen. Wir kommen auf die Angelegenheit zurück.

Erwerbslosensturm auf ein Londoner Rathaus

WTB. London, 29. September.

Demonstrierende Erwerbslose versuchten heute in das Rathaus von Westham, einem belebten Vorort im Nordosten Londons, einzudringen. Polizei mußte (!) mit dem Knüppel gegen die Demonstranten vorgehen, von denen einige leicht verletzt wurden. Neun Personen wurden verhaftet.

1932 = 1923?

Heilmanns Geschichtsfälschungen

Im preußischen Landtag versuchte kürzlich der Sozialdemokrat Ernst Heilmann die feige Kapitulation der Braun-Severing-Regierung am 20. Juli mit dem Rücktritt der sächsischen Zeigner-Regierung im Jahre 1923 zu verteidigen. Dort seien die kommunistischen Minister mit ihren sozialdemokratischen Ministerkollegen eben auch der Gewalt des Generals Müller gewichen.

Der gewissenlose Spekulant Heilmann rechnet damit, daß nach neunjähriger Vergangenheit die Vorgänge, die zur Absetzung der Zeigner-Regierung führten, inzwischen in Vergessenheit geraten sind. Es dürfte klar sein, daß der Unterschied zwischen der Schmierenkomödie der Braun und Severing am 20. Juli und dem Rücktritt der Zeigner-Regierung eben darin bestand, daß die Zeigner-Regierung auf Initiative der Stresemann-Sollmann-Regierung gestürzt wurde, also mit Billigung der sozialdemokratischen Parteiführung, deren Dolchstoß dann selbstverständlich auch keine einheitliche Abwehrbewegung der Arbeiterschaft zustande kommen ließ,

während am 20. Juli die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter bereit waren, gegen den Staatsstreich der Reaktion gemeinsam zu kämpfen.

Wie die sozialdemokratischen Minister Sollmann und Radbruch ihren Kampf für die Demokratie gegenüber einer verfassungsmäßig gewählten Regierung wie in Sachsen auffaßten, geht am klarsten aus einer Meldung der „Kreuzzeitung" vom 31. Oktober 1923 hervor. Es heißt dort wörtlich:

„In der entscheidenden Kabinettsitzung, die sich mit der Absicht des Reichswehrminister zu befassen hatte, wurde sogar auch von den Sozialdemokraten der Vorschlag gemacht, die kommunistischen Minister zu verhaften."

Ernst Heilmann dürfte diese Tatsache nicht unbekannt sein. Man wird auch in der Annahme nicht fehlgehen, daß der Vorschlag von Radbruch und Sollmann zur Verhaftung der kommunistischen Minister Böttcher und Heckert im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand gemacht wurde. Diese Schlußfolgerung ergibt sich auch aus der Schreibweise des „Vorwärts" in den Oktobertagen des Jahres 1923. Friedrich Stampfer schrieb am 23. Oktober 1923 im „Vorwärts":

„Am Donnerstagnachmittag erreichte diese Unvernunft in Dresden ihren Höhepunkt. Es wurden Flugblätter angeschlagen, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wird, trotz des Verbotes der Hundertschaften neue Formationen zu bilden und den bewaffneten Widerstand gegen die Reichswehr aufzunehmen. Schließlich kann man es keinem Militärbefehlshaber verdenken, wenn er diese Verhetzung der Massen durch sofortige Vorsichtsmaßnahmen wirkungslos zu machen versucht; denn auch ihm sitzt das Hemd näher als der Rock... In Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Sachsen taucht die Frage **auf, ob es noch** länger möglich ist, **mit der Kommunistischen** Partei eine **gemeinsame** Koalition zu bilden. Wir sind der Auffassung, daß das Staatswohl widerspricht und daß es nicht nur für Sachsen, sondern für das ganze Reich beruhigend wirken würde, wenn die Kommunistische Partei aus der Regierung verschwände. Es ist erfreulich, daß diese Notwendigkeit auch von maßgebenden sächsischen Genossen anerkannt wird."

Nach den Darlegungen Stampfers wurde also zum „bewaffneten Widerstand gegen die Reichswehr" aufgefordert. Das klingt denn doch etwas anders, als die pathetischen Phrasen der ADGB-Führung am 20. Juli: „Wir lassen uns die Stunde des Handelns durch die Gegner der Gewerkschaften nicht vorschreiben", oder die des SPD-Parteivorstandes: „Abwarten! Der Staatsgerichtshof entscheidet." Friedrich Stampfer widerlegt hier in seinen Darlegungen die Auffassung Heilmanns, als ließe sich zwischen der Verjagung der Zeigner-Regierung und der Kapitulation Braun-Severings eine Parallele ziehen. Heilmann hat also wieder einmal — als Meister der Demagogie — dummes Zeug geredet.

Im übrigen hat die damalige Linke in der SPD den Sturz der Zeigner-Regierung als das Resultat des Dolchstoßes aus den eigenen Reihen bezeichnet. Der Genosse Paul Levi schrieb:

„Auch die sozialdemokratischen Instanzen haben aus ihrer Abneigung gegen die sächsische Arbeiterregierung und aus ihrer Begeisterung für die Große Koalition einen redlichen Teil dazu beigetragen, daß die sächsische sozialistische Regierung aus den Schwierigkeiten nicht herauskam und schließlich durch die brutale Gewalt der militärischen Befehlshaber gestürzt und Verbrechern gleich aus ihrem Amtsbereich vertrieben wurde... Die Reaktion kann sich beglückwünschen. Sie hat gute Helfer gefunden, die ihr glänzend in die Hände gearbeitet haben. Der Dolchstoß gegen die sächsische Arbeiterfront ist aus den eigenen Reihen gekommen."

Alte Wahrheiten! Sie in Erinnerung zu bringen, hielten wir für angebracht, damit die Geschichtsfälschungen eines Heilmann nicht unwidersprochen bleiben. Dr. H.

3 Monate Gefängnis für eine Verwechslung!

Berlin, 29. September.

CNB. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte heute den Leiter der Werbe-Abteilung der SPD Heine wegen Beleidigung und übler Nachrede zu drei **Monaten** Gefängnis. Heine **hatte als verantwortlicher** Verleger der Broschüre „Nach **der Nacht der langen Messer" dieser Kampf**schrift gegen den Nationalsozialismus als Motto den Satz vorangestellt: „Die Nacht nach dem Siege gehört euch SA-Leuten. Sie wird die Nacht der langen Messer sein." Diese Aeußerung war in der Broschüre als Ausspruch des früheren thüringischen Ministerpräsidenten Dr. Frick bezeichnet. Er sollte sie im hessischen Landtagswahlkampf getan haben. Da Dr. Frick glaubhaft bestritt, diese Äußerung getan zu haben, erhielt Heine auf Grund der Notverordnung vom 18. 12. einen Strafbefehl über drei Monate Gefängnis, gegen den er Einspruch erhob, der heute vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Der Angeklagte machte in der Verhandlung geltend, er habe das Zitat im guten Glauben angewandt, inzwischen aber feststellen müssen, daß dieser Ausspruch von dem Angriff-Redakteur Dr. von Leers in einer Rede in Dresden gebraucht worden sei.

Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung des Einspruches. Der Verteidiger des Angeklagten führte aus, daß nach der Notverordnung guter Glaube vorliege, der den Angeklagten straffrei mache. Der Satz sei in vielen Zeitungen und auch in einer Landtagsrede des Abgeordneten Leinert als von Dr. Frick stammend bezeichnet worden. Die Verwechselung sei infolgedessen entschuldbar. Die Voraussetzung der üblen Nachrede sei, daß jemand herabgesetzt werde. Das sei aber hier nicht der Fall.

Das Gericht kam zur Verwerfung des Einspruchs.

Täglich „Hochverrats"-Prozesse

Leipzig, 29. September.

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den 27jährigen Arbeiter Richard Köller aus Prenzlau wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung antragsgemäß zu einem Jahr sechs Monaten Festung.

Der Angeklagte war am 25. Oktober vorigen Jahres verhaftet worden, nachdem er auf Weisung der Kommunistischen Parteileitung in Prenzlau an einer in Schwedt a. d. Oder abgehaltenen Funktionärsitzung teilgenommen und dort hochverräterische Broschüren zum trieben hatte. In seiner Aktentasche wie in seiner Wohnung konnte weiter eine große Zahl kommunistischer Druckschriften zum Teil hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt werden.

Wie der Angeklagte in der heutigen Hauptverhandlung angab, hat er die Schriften lediglich mitgeführt, um sie an seine Parteigenossen in Schwedt zu verkaufen und so zu ihrer politischen Aufklärung beizutragen. Das Gericht nahm aber an, daß er mit dem direkten Vorsatz nach Schwedt gefahren sei, die Schriften durch Vermittlung der dort bestehenden Ortsgruppe des Unterbezirks der KPD zu Zersetzungszwecken an Angehörige des in Schwedt stationierten Reiterregiments Nr. 6 gelangen zu lassen.

Immer nur gegen links

CNB **Berlin,** 29. September.

Die Strafkammer des Landgerichts II verurteilte heute den Bauschlosser Alfred Beutler zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, den Maurer August Müller sowie vier weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Jahr bis vier Monaten. Drei der verurteilten Angeklagten haben außerdem eine Buße von je 200 RM. an einen Nationalsozialisten zu zahlen. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Anklage lag ein Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zugrunde, der sich Ende Juni in Neukölln ereignet hatte.

Gegen die Presseknebelung

CNB **Berlin,** 29. September.

Der Reichsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Presse hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Reichsverband der deutschen Presse erkennt es als seine besondere Pflicht an, die Staatsbehörden vor jeder Einengung der Pressefreiheit zu warnen.

Er verlangt den Abbau und die Aufhebung aller pressebeschränkenden Notverordnungen, die mit der gesetzlich gewährleisteten Pressefreiheit unvereinbar sind. Die jetzige Verbotspraxis führt immer mehr zu einer Unterdrückung der sachlichen Kritik und damit zu einer ernsten Gefahr für die freie Bildung der öffentlichen Meinung.

Polizei schießt in Häuser

Köln, 29. September.

WTB. In der Kurzen-Straße in Köln-Kalk kam es heute zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei zu schweren Zusammenstößen, die ein Todesopfer forderten. Als die Polizei einen Zug Kommunisten zum Auseinandergehen aufforderte, setzten die Demonstranten ihr Widerstand entgegen, und es fielen mehrere Schüsse aus der Menge. Als die Polizeibeamten aus den Fenstern mit Steinen, Flaschen und Blumentöpfen beworfen wurden, befahl sie den Einwohnern, die Fenster zu schließen. Da diesem Befehl nicht nachgekommen wurde, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Nach Räumung der Straße fanden die Beamten bei der Durchsuchung der Häuser unter mehreren Schwerverletzten, den 25jährigen Karl Stegmann mit einem schweren Beckenschuß auf. Stegmann erlag kurze Zeit darauf seiner Verletzung. Die Polizei nahm 20 Demonstranten fest, die teilweise von auswärts gekommen waren. Bei dem Zusammenstoß erlitten auch zwei Polizeibeamte leichtere Verletzungen.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl

Berlin, 29. September.

CNB. Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, ist folgende:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Zentrum,
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Bayerische Volkspartei,
7. Deutsche Volkspartei,
8. Deutsche Staatspartei,
9. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
10. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Landbund (Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund),
13. Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei),
14. Volksrechtspartei.

Die Nummern der in diesem Reichstag nicht vertretenen Parteien werden später festgelegt.

Berlin, 29. September.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten vom 16. bis 23. Oktober auszulegen sind. Auf den großen Bahnhöfen und Uebergangsstationen sowie den großen Seeschiffen wird, wie bei der letzten Reichstagswahl, Gelegenheit zur Stimmabgabe geboten werden. Die Landesregierungen sind durch Rundschreiben gebeten worden, alle Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

57) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Nein, ich danke, Exzellenz, ich werde doch nichts Neues zu hören bekommen. Ich habe selbst gute Quellen, die mich auf dem Laufenden halten. Aber eines, meine Herren, kann ich Ihnen versichern: meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt!"

Die Debatte zieht sich ins Uferlose

Nach zwei Stunden wird sie geschlossen.

Die engeren Ratgeber des Prinzen versammeln sich in seinem Arbeitszimmer, um Pläne für die nächste Zukunft zu erwägen:

Der Kaiser werde sicher abdanken, unter den obwaltenden Umständen bleibe ihm nichts andres übrig. Nach der Abdankung müsse sofort zur Nationalversammlung aufgerufen werden. Das Kabinett sei kein arbeitsfähiges Instrument; am besten schicke man diesen „Sowjet" nach Hause. Sozialdemokraten könne man in die neu zu bildende Regierung unbedenklich aufnehmen, aber nicht Scheidemann, der schließlich nur durch sein Rednertalent emporgekommen sei. Schon eher Leute wie Noske, der solide Tüchtigkeit bewiesen habe. Dr. Simons schlägt Ebert als den gegebenen Reichskanzler vor. Prinz Max dürfte allerdings nicht völlig ausscheiden. Am günstigsten sei es, wenn der Kaiser den Prinzen zu seinem Stellvertreter ernennen würde.

Gleichzeitig tagen die Sozialdemokraten.

Im Fraktionszimmer des Reichstages ist der Parteivorstand zusammengetreten, erweitert durch Mitglieder aus der Fraktion und Vertrauensmänner aus den Betrieben. Scheidemann berichtet über die Stellungnahme der Regierung zum sozialdemokratischen Ultimatum und übermittelt den Versammelten den Entschluß des Reichskanzlers, von seinem Amt zurückzutreten. Er wundert sich über die Ruhe, mit der sein Bericht entgegengenommen wird — eine geradezu sträfliche Ruhe angesichts der im Lande wachsenden Empörung.

Ebert sitzt schwer auf seinem Stuhl — abwarten, die Ereignisse herankommen und sich von ihnen tragen lassen, ist seine erprobte Taktik. Die Beisitzenden Wels, Bauer und andere haben der Meinung Eberts keine eigene entgegenzusetzen. Die hinzugezogenen Parteialten — Pfannkuch ist siebenundsiebzig Jahre alt, Molkenbuhr genau so hinfällig, Gehrisch weiß überhaupt nicht mehr, was vorgeht — zählen nur bei den Abstimmungen. Die einzigen, die gegen Ebert hätten opponieren können, wären einige der zu den Unabhängigen übergegangenen Abgeordneten gewesen.

Doch die Vertrauensleute aus den Betrieben drängen:

„Länger zurückhalten können wir die Kollegen nicht mehr!" „Wir werden sowieso bloß noch Bremser genannt!" „... und Arbeiterverräter!" „Wenn wir nicht mitmachen, werden wir einfach überrannt!" „Lehmann muß endlich weg!"

„Wir haben das Abdankungsultimatum doch schon überreicht?"

„Naja, das hat ja auch eingeschlagen!"

„Gewiß. Ein Stimmungsumschwung zugunsten der Partei ist unbedingt zu verzeichnen. Allerdings ist die Enttäuschung der Arbeiter noch groß. Aber wir werden sie schon noch zurückhalten. Bis morgen wird es noch gehen. Wenn sie doch marschieren, ist es immer noch Zeit."

„Wir sind für beide Möglichkeiten gerüstet!"

Das sagt nicht Ebert — der Funktionär aus dem „Vorwärts" erhält von Ebert sogar einen strafenden Blick für seine eigenmächtige Mitteilung. In der Vorwärtsdruckerei liegen für beide Möglichkeiten, Flugblätter, zwei Flugblätter mit verschiedenen Parolen:

„Marschiert ..."

Bleibt in den Betrieben ..."

„Ebert ist der Wirkung des Abdankungsultimatums und des dadurch hervorgerufenen Stimmungsumschwungs bei den arbeitenden Massen so sicher, daß er sogar dazu übergeht, etwas zurück zu stecken. Er hat einen fertigen Antrag mitgebracht, den er vorlesen läßt:

„Nachdem der Reichskanzler erklärt hat, daß er dem Kaiser das gestern gestellte Ultimatum der Fraktion mitgeteilt hat, wünscht die Fraktion, um die Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden, nicht den Rücktritt des Kanzlers und will selber auch nicht die Konsequenzen des Rücktritts ihrer Mitglieder aus der Regierung ziehen, solange bis der Waffenstillstand geschlossen ist."

Scheidemann wollte schon vor zwei Tagen aus der Regierung austreten, doch die Fraktion hat ihm diesen Schritt verwehrt. Er springt jetzt nervös von seinem Stuhl auf. Wels und Bauer sehen ihn erwartungsvoll an. Ebert sitzt ohne sich zu rühren und rollt nur die Augen.

Scheidemann setzt sich wieder.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Der verlesene Antrag wird angenommen.

Die größte Arbeiterpartei Deutschlands, die in ihrem Programm die Beseitigung des Kapitalismus durch den Sozialismus noch immer nicht gestrichen und sich vier Jahre lang auf die Verantwortung für das Vaterland berufen hat, will die Verantwortung für die Revolution nicht tragen und wartet ab.

Die Initiative bleibt bei den Unabhängigen.

Die treffen sich morgens um 8 Uhr am Schiffbauerdamm in ihrem Parteibüro — Ledebour, Luise Zietz, Dittmann, Däumig und Laukant von den Revolutionären Obleuten, die zugleich zum Vorstand der USP. gehören.

Die Obleute wollten bereits am 4. November marschieren, auch Ledebour, der mit anderen Mitgliedern des Parteivorstandes an den letzten Obleutesitzungen teilgenommen hatte, sprach für die sofortige Aktion. Doch die übrigen Parteiführer erklärten die Zeit für verfrüht und schlugen den 7. für die Aktion vor, und auf einer späteren Sitzung erklärten sie, die Vorbereitungen seien noch nicht zu Ende geführt und veranlaßten die Arbeiter wiederum zur Vertagung, diesmal vom 7. auf den 11. November.

Am Morgen des 8. November trafen sie wie gewöhnlich zusammen.

Aber es kam zu keiner Sitzung. Beim Kommen hatten sie verdächtige Gestalten vor dem Hause stehen sehen. Laukant hat einen als Polizeispitzel erkannt. Und so wurde beschlossen, die Sitzung in den Reichstag zu verlegen, in dem die Teilnehmer sich sicherer glaubten.

Laukant verläßt das Haus als erster. Unten angekommen, geht er starr geradeaus, ohne sich umzusehen. Der Greifer steht noch an derselben Stelle am Wasser, ans Geländer gelehnt.

Eine Viertelstunde später hat Laukant den Reichstag erreicht.

Er sucht das Zimmer 18, das Fraktionszimmer der Unabhängigen Partei, auf. Nachdem er die Anwesenden über die Bespitzelung des Parteibüros unterrichtet hat und man noch dabei ist, Vermutungen an diese Tatsache zu knüpfen, kommt Luise Zietz hereingestürmt. Die Türklinke noch in der Hand, platzt sie aufgeregt mit der Nachricht heraus:

„Däumig ist verhaftet!"

„Da haben wir's, das ist der erste!"

„Vor dem Parteilokal, ich kam mit ihm zusammen herunter, wir waren auf dem Wege nach hier", erklärte die Zietz.

„Sie haben Wind von den Plänen der Obleute bekommen. Das hängt sicher mit der Verhaftung von diesem Pionierleutnant zusammen, der hat ausgeplaudert!"

„Der hat die Vorbereitungen verraten!"

„Er war nur teilweise eingeweiht!"

„Ich habe Barth aber gleich gewarnt!"

„Sie wollen die Leitung verhaften, das ist klar!"

„Es muß sofort etwas unternommen werden!"

„Wenn doch bloß Haase zurück wäre!"

„Wir können nicht auf Haase warten. Wir können überhaupt nicht mehr warten. Es muß sofort zur Aktion aufgerufen werden. Der Elfte ist viel zu spät!"

„Wir müssen die Obleute zusammenrufen!"

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus Oldenburg

Prügelnder Arbeitsamts-Angestellter

Die Terrorwelle scheint auch schon bestimmte Arbeitsamtsangestellte ergriffen zu haben. Als am letzten Sonnabend ein Jugendgenosse nach dreiwöchigem Warten seine Unterstützung abholen wollte und auf das nochmalige Vertrösten eine mißbilligende Bemerkung machte, wurde er von dem Angestellten Oeltjeschläger ins Zimmer gelockt und von ihm blutig geschlagen. Dieses unerhörte Ereignis ist ja keine Einzelerscheinung mehr, denn man gibt ja den dem faschistischen Prinzip huldigenden Angestellten förmlich das Recht in die Hände, solche Grobheiten zu begehen. Unterstützungsentzug und Prügel sind die Volksrechte, die von der Weimarer Verfassung (die ja auch Röver schützt!) übrig geblieben sind. — Die Erwerbslosen müssen dagegen Protest erheben und auf alle Fälle die Entlassung dieses prügelnden Angestellten durchsetzen!

Die Wirtschafts- und Gewerkschaftsseite befindet sich heute aus technischen Gründen auf der ersten Beilagenseite.

Neue Terrorakte der Nazis

In den letzten Tagen wüten in der Stadt Oldenburg die SA und SS wieder. An der Gartenstraße, im dritten braunen Haus, das die Oldenburger Nazis bereits eingerichtet haben, hausen Hannoveraner lichtscheue Gesellen, die von dort aus jeden Mißliebigen belästigen und verprügeln. Vor nicht langer Zeit wurde ein Arbeitersportler, der sein Abzeichen trug und auf die Anrempeleien eine Antwort gab, in die gegenüber vorbeifließende Husbeke geworfen. Die Polizei hat trotz Anzeige nichts getan, um die Schuldigen ausfindig zu machen, da sie fürchten muß, bei dem obersten Landesherrn Röver in Ungnade zu fallen. Am letzten Sonnabend und Sonntag waren die Ausschreitungen besonders schlimm. Radfahrer, die im Vorbeifahren nicht den nötigen Respekt gegenüber diesen Burschen zeigten, wurden vom Rad gezerrt und verprügelt, teils von ihnen im Vorbeifahren mit dem Schulterriemen geschlagen. Dabei wurden unpolitische Personen mit belästigt. Nachdem Sonntag nachmittag ein Jungkommunist schwer verletzt vom Platze getragen werden mußte, überfielen sie wieder in der Dunkelheit einen 17jährigen Arbeiter, ohne daß irgendein Wort gefallen war und schlugen ihn mit Schlagwaffen blutig nieder. Er trug sieben klaffende Kopfwunden und eine Anzahl Beulen davon. Von Menschen kann man nicht mehr sprechen, das sind Bestien, die sich an ihren Opfern festfressen. Die beiden Schwerverletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Als darob die Zeugen des Vorfalles von der Polizei die Feststellung der Schuldigen forderten, mußten sich die Beamten erst eine Viertelstunde vor dem Hause aufhalten, ehe sie nachforschen durften, weil angeblich der Wachthabende den Schlüssel nicht besaß. Daß natürlich die lichtscheuen Gestalten währenddessen verschwunden waren, wird jeder begreifen müssen. — Aber wie kommt es, daß die Behörden gegen diese Horden nicht eingreifen, obwohl feststeht, daß sie aus Hannover wegen verschiedener Delikte verwiesen sind?

Die Arbeiterschaft darf sich nicht mehr länger terrorisieren lassen, sondern muß in jedem Fall zur Gegenwehr greifen. Dann werden auch diese Gestalten verschwinden. Aber das kann nur die geeinte Arbeiterschaft im Kampfblock, wie ihn die SAP immer fordert.

Schwere Unterschlagungen im Buchdrucker-Verband

Kaum sind die Unterschlagungen im Buchdruckerverband in Breslau und einigen andern Orten aufgedeckt und bereinigt, da wird von Oldenburg berichtet, daß der Kassierer Lüsser-hop von 1925 an über 16 000 Mark aus der Verbandskasse genommen und damit ein Doppelleben geführt hat. Als der Gauvorstand eine Revision der Kasse vornehmen wollte, war er nicht anzutreffen und entzog sich dann mit seiner Frau durch Gasvergiftung der Verantwortung. Zwei Wochen nach dem Bekanntwerden des Freitodes L.s war die Kollegenschaft noch über die Verfehlungen im Unklaren gehalten, bis schließlich durch den Druck der Mitgliedschaft eine Versammlung des Oldenburger Ortsvereins erzwungen wurde und der gesamte Bezirksvorstand zum Rücktritt aufgefordert und zur Untersuchung eine Revisionskommission eingesetzt wurde, bis die Schuldfrage geklärt ist. Es soll aber auch gegen den Bezirksvorsitzenden Verdacht der Mitwisserschaft bestehen, da er die Aufklärung des Falles von vornherein verhindert habe. Der geschäftsführende Vorstand hat nun die Untersuchung der Kriminalpolizei übergeben. Es ist unbedingt notwendig, daß die Oldenburger Buchdrucker hier gründlich aufräumen, denn die Korruptionsfälle in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen sind die Folgen einer bürokratischen Organisationsleitung, die der Mitgliedschaft das Recht der Kontrolle und der Kritik genommen hat. Zudem hat man sich die kleinsten Funktionäre materiell durch irgendwelche Entschädigungen abhängig gemacht, so daß sie durch Kritik der oberen Instanzen befürchten mußten, von diesen ausgeschifft zu werden.

Verboten!

Der am letzten Sonntag hier geplante „Antifaschistische Kongreß" von Nordwest ist von der Röver-Regierung verboten worden. Die SA hatte natürlich das Recht, ihre Banden zusammenzuziehen.

Für parteipolitische Neutralität der Arbeiterschachbewegung

Aus Erfurt schreibt uns ein Genosse:

Am 18. 9. fand in Weimar die Fortsetzung der Kreiskämpfe sowie die 1. Runde der Bezirkskämpfe statt. An diesen Kämpfen waren 8 Mannschaften beteiligt. Durch die weitere Teilnahme von Schachgenossen an Freundschaftskämpfen fand sich die stattliche Zahl von 130 Spielern zusammen, so daß diese Veranstaltung zu einer eindrucksvollen Demonstration für die bundestreue Arbeiter-Schachbewegung wurde. Die Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden der Ortsgruppe Weimar sowie des Kreisleiters Büchner endeten mit einem „Frei Schach", in das alle Genossen freudig und begeistert einstimmten.

Anders verhielt es sich jedoch, als der Bezirksleiter des 1. Bezirks seine Ansprache mit der Aufforderung schloß, in ein dreifaches „Freiheit" einzustimmen. Das Echo war nicht gerade überzeugungskräftig, und das mit Recht. Wir im Arbeiter-Schachbunde organisierten SAP-Genossen sowie die politisch unorganisierten Bundesmitglieder lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, die bundestreue Arbeiter-Schachbewegung mit der SPD zu identifizieren. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, den Bund als eine SPD-Filiale zu betrachten. Aus diesem Grunde hat auch die Ortsgruppe Erfurt die „Eiserne Front" abgelehnt, was allen zur Nachahmung empfohlen sein möchte. Im übrigen werden wir bei solchen Veranstaltungen künftig auch unsere Presse „nur zum Lesen" einem jeden in die Hand drücken; denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

SJV stößt vor

(Eigener Bericht der SAZ)

Lüneburg, 29. September.

Anläßlich der Schulungswoche des SJV, Wahlgruppe Nord, in Lüneburg fand auch eine öffentliche Versammlung der SAP statt, in der Genosse Walcher über „Ziele und Aufgaben der SAP" sprach. Diese Versammlung, die erste Versammlung der SAP in Lüneburg, war für uns ein voller Erfolg. Gen. Walcher sprach vor etwa 150 Proletariern aller Richtungen. Einige Anhänger der „Eisernen Front" zogen es vor, den Saal zu verlassen, als Gen. Walcher einige ihnen unangenehme Wahrheiten sagte.

In der Diskussion sprach zuerst der Gen. Schmidt-Lüneburg von der KPD in sehr unsachlicher Weise, nachdem er sich schon während des Referats des Gen. Walcher durch Zwischenrufe, wie Schuft, Verräter, Renegat usw. entsprechend bemerkbar gemacht hatte. An sachlichen Argumenten ließ er es dagegen durchaus fehlen. Dadurch war gekennzeichnet, daß er kein Interesse an einer sachlichen Aussprache mit uns hatte. Als die Versammlung dem Gen. Schmidt nach Ueberschreitung seiner Redezeit zu verstehen gab, daß man seine Schimpfereien nicht länger anhören wolle, zeigten die Kommunisten ihre Auffassung der Einheitsfront-Arbeit, indem sie mit einigen Anhängern den Saal verließen. In der Diskussion sprach weiter noch ein Genosse von der linken Opposition der KPD, ein Genosse für den SJV, und zwei Lüneburger Parteilose, letztere zustimmend zum Referat. Nach dem Schlußwort des Gen. Walcher erfolgten mehrere Aufnahmen in die SAP, die den Grundstock der künftigen Ortsgruppe Lüneburg der SAP bilden werden.

Am Nachmittag des Freitag wurde ein umfassender Zeitungsvertrieb durch die Genossen der Schulungswoche in Lüneburg durchgeführt, bei der 120 Zeitungen verkauft wurden. Durch Verteilen anderer Nummern unserer Presse und durch rege Straßen-Diskussion wurde in Lüneburg so für ein paar Tage demonstriert:

Wo der SJV und die SAP auftritt, werben und kämpfen sie für Einheit, Kampf und Sieg der Arbeiterklasse! eg.

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe; Telephon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

STADTTHEATER
Freitag, 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorstellung C 3 Erstaufführung
Mister Wu
Sonnabend, 20—22.45 Uhr
Der fliegende Holländer
Sonntag 15—17.45 Uhr (Ermäß. Preise)
Schwarzwaldmädel
20—gegen 23 Uhr
Mister Wu

LOBETHEATER
Freitag, 20.15—22.20 Uhr Sonntag, 15.30—17.35 Uhr
Spiel im Schloß
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.) Zum 1. Male!
Die endlose Straße
Frontstück von Gratt u. Hintze.

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Freitag, 20.15—22.20 Uhr Sonntag 15.30—17.35 Uhr
Die versunkene Glocke
Sonnabend, 20.15 Uhr (u. tägl.) Zum 1. Male!
Der Tiefstapler
Kriminalgroteske von Franz Cammerlohr.

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger: 30 u. 60 Pfg. das Paket.
Stets frisch bei: R. u. J. Lux
Anderssenstr. 2
Leuthenstr. 52
Kolonialwaren

Junge Parteigenossin
sucht ab 1. Oktober Zimmer, da von Eltern wegen SAP-Mitgliedschaft gemaßregelt. Mitteilung an die Redaktion.

Werbt Abonnenten!

PROLETON
Gabitzstraße 20/22 Höfchenstraße 49
Ein Jahr Proleton
Jubiläums-Programm
Greta Garbo
YVONNE
Leni Riefenstahl
DAS BLAUE LICHT
Auf der Bühne:
The 3 Walkers
Neueste Tonwochenschau
Sonntag Nachm. Kindervorstellung: „Das blaue Licht"
Ab Freitag, d. 30. 9. tägl. 4.30 Uhr. Letzte Vorstellung 8.45 Uhr. Ab 60 Pfg. Erwerbsl. ab 30 Pfg.

WALHALLA
Kino am Wachtplatz
1. Ein Tonfilm-Meisterwerk
Die Rache des Eingeborenen
Tabu
Die Geschichte einer verbotenen Liebe
2. Adolphe Menjou
im Großlustspiel
Der Halunke
3. Fox tönende Wochenschau

Berlin
HAUS VATERLAND
Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Wo decke ich meinen Bedarf?

OHLAUER TOR

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 78, Ecke Löschstraße

PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße
Edeka-Laden / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

O. Müller
Lebensmittel Mühlenfabrikate Molkereiprodukte
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft / Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

SÜD U. SÜDWEST

Kauft Lacke, Farben nur beim Fachmann
Erich Hoffmann
jetzt Bohrauerstraße 38
Telefon 35279

Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft — Brandenburgerstraße 21

Roon-Drogerie
Inhaber: Karl Hubrich
Foto / Farben / Drogen / Gräbschener Str. 218

Kolonialwaren — Spirituosen
Edeka-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 20.

W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 306 39
Kolonialwaren :-: Delikatessen

R. & E. Horvay
Neuspatch. Hohenzollernstr. 59 Filiale Grätschenerstr. 52. Ecke Heilstr.
Kolonialwaren
9% Rabatt auf sämtlichen Waren 9%

TSCHANSCH

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch Karl-Marx-Str. 33

Gasthaus zum Rothkretscham
Inh. Walter Thiel
Ofener Straße 127
Beliebtes Familienlokal mit Garten

Zigarren • Zigaretten • Tabake
Kl. Tschansch, Karl-Marx-Str. 12
Paul Fleischer

Erich Freitag
Karl-Marx-Str. 38
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren
Spirituosen • Weine
Tabake • 8%

Beachtet unsere Inserate

Genossen und Genossinnen!
Welcher Geschäftsmann legt Wert auf Eure Kundschaft und Euer Geld?
Nur der, der bei uns inseriert,
deshalb kauft nur bei unseren Inserenten!

Die Mittelschichten und der Faschismus

von Fritz Sternberg

I.

Wenn wir heute das Kommunistische Manifest und die grandiosen Schlußkapitel im 1. Band des Marxschen Kapitals lesen, so überrascht uns vielfach die außerordentliche Wirklichkeitsnähe der Marxschen Schriften, die in diesen acht Jahrzehnten immer wieder tot gesagt wurden. Die Zahl der Unbeschäftigten wächst immer mehr auf Kosten der Zahl der Beschäftigten, die Akkumulation des Elends nimmt zu; das kapitalistische System kann die Produktionskräfte nicht mehr beherrschen, die es geschaffen, es kann seine Sklaven nicht mehr ernähren.

Bei all dem aber müssen wir feststellen, daß in diesem Zeitraum, in dem das kapitalistische System seine Unfähigkeit zur Lenkung der Produktionskräfte immer deutlicher beweist, daß in dieser Zeit gerade in Deutschland nicht die Arbeiterschaft im Vormarsch, im Angriff ist; im Gegenteil: daß die Organisierung der konterrevolutionären Kräfte in ungleich schnellerem Tempo erfolgt, als die Organisierung einer aktionsfähigen proletarischen Front. Wir wollen hier nicht auf die außerordentlich verhängnisvollen politischen Fehler eingehen, die die SPD und die KPD begangen haben, Fehler, die die Einheitsfront des revolutionären Proletariats bisher verhindert haben. Wir müssen darüber hinaus feststellen, daß in dieser Krise, in der der Lohnraub Dimensionen angenommen hat, wie in keiner Krise zuvor, die

Mittelschichten zwischen Kapital und Arbeit immer stärker proletarisiert

werden, daß diese Schichten aber sich bisher nicht um das revolutionäre Proletariat scharten, sondern vielmehr zum überwiegenden Teil im Lager der Konterrevolution stehen. Hier werden wir in nächster Zeit sehr energisch vorzustoßen haben, und dabei ist es notwendig, uns ein klares Bild von der Lebenslage dieser Schichten zu machen, von der Verelendung, die sie in letzter Zeit erfahren haben.

Zunächst einmal: Wer sind diese Mittelschichten?

Es sind im wesentlichen in den Städten der sogenannte neue Mittelstand, die Angestellten und Beamten; der alte Mittelstand, der Kleinhändler, das Handwerk; dazu die intellektuellen Mittelschichten, und letzthin, aber natürlich nicht in letzter Reihe, auf dem Lande die Millionen der werktätigen Klein- und Mittelbauern. Man macht sich häufig über die zahlenmäßige Bedeutung dieser Mittelschichten kein klares Bild. Bis in weiteste sozialistische Kreise war die Anschauung verbreitet, daß beim Endkampf gegen den Kapitalismus die Arbeiterschaft allein die ungeheure Majorität der Bevölkerung darstellen würde. Das ist nicht der Fall. Im deutschen Kapitalismus macht die Arbeiterschaft ungefähr die Hälfte der Bevölkerung aus und die Mittelschichten bilden ungefähr 40–45%. Sie haben also schon rein zahlenmäßig eine außerordentlich große Bedeutung.

Diese Mittelschichten sind natürlich unter sich außerordentlich verschieden. Die Bauern und die Angestellten haben in ihren Lebensgewohnheiten nicht viel Gemeinsames, in einem Punkt aber haben sie heute etwas Gemeinsames: ihr Lebensstandard verschlechtert sich ständig. Sie verelenden immer mehr. Sie werden immer stärker proletarisiert. Die ökonomische Barriere, die ihr Dasein einmal von dem der Arbeiterschaft getrennt hat, diese Barriere, diese Kluft wird im Niedergang des Kapitalismuus immer mehr durch das Monopolkapital selbst niedergerissen.

Den Mittelschichten ging es nicht immer schlecht. In der Vorkriegszeit verbesserte sich sogar im allgemeinen ihr Lebensstandard, obwohl schon damals der Monopolisierungsprozeß immer stärker wurde, der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals immer breitere Formen annahm. Wie war diese Verbesserung möglich? In der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus hat der Profit des Großkapitals, das immer mehr zum Monopolkapital wurde, absolut stark zugenommen. Dieses Kapital hat auch seinen relativen Anteil verstärkt; gleichzeitig fand eine relative Verringerung des Anteils der anderen kapitalistischen Schichten und der Mittelschichten am Profit, am Mehrwert statt. Trotz dieser Anteilverringerung wuchs aber in dieser Zeit das absolute Einkommen dieser Schichten, es stieg die absolute Masse des Profits, des Mehrwerts, die von diesen Schichten gewonnen wurde. Um dies an einem Beispiel zu veranschaulichen (die Zahlen sind an sich vollkommen willkürlich; nur die Entwicklungstendenzen sind wichtig):

> Wir nehmen an, im Jahre 1890 hat der gesamte Mehrwert 100 betragen, der Anteil des Monopolkapitals soll 20% betragen haben, also 20; der des anderen Kapitals und der Mittelschichten demnach 80. Von 1890 bis 1913, nehmen wir an, ist der gesamte Mehrwert auf 150 gestiegen, der Anteil des Monopolkapitals auf 30%. Dann betrug der Monopolprofit 45 und der Profit des anderen Kapitals und der Mittelschichten 105.

Die theoretische Möglichkeit, daß in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus das Einkommen der Mittelschichten absolut stieg, ist damals zur Möglichkeit geworden. In allen hochkapitalistischen Zentren ist in dieser Epoche festzustellen, daß es den Mittelschichten zwischen Kapital und Arbeit insgesamt (einzelne Gruppen ausgenommen) nicht schlecht ging; im Gegenteil, daß sich insgesamt ihr Einkommen erhöhte, ihr Vermögen zunahm, daß von einer Dezimierung und Proletarisierung dieser Schichten nicht die Rede war

Wie sieht dagegen heute die Situation aus?

Wir haben gerade im Nachkriegskapitalismus ein sehr starkes Tempo in der weiteren Konzentration des Kapitals. Wir haben gerade in dieser Epoche festzustellen, daß der Monopolisierungsprozeß niemals stärker war als in dieser Zeit. Das Ziel des Monopolkapitals ist immer das Gleiche. Den Profit möglichst hoch zu halten auf Kosten der breiten Massen der Arbeiterschaft, auf Kosten aber auch der übrigen Schichten, deren Lebensstandard so immer mehr verringert wird. Denn im Gegensatz zur Vorkriegszeit ist im Niedergang des Kapitalismus festzustellen, daß bereits in der Konjunktur die gesamten Profitmassen nicht mehr stark wachsen, in der Krise stark zurückgehen. Die Vergrößerung des Anteils des Monopolkapitals am Profit in der Epoche, in der der gesamte Profit zurückgeht, bedeutet daher, daß die Einkommen aller anderen Schichten nicht nur relativ, sondern absolut stark zurückgehen.

Das ist die allgemeine Situation der Mittelschichten heute. Nachdem sie in der Inflation den größten Teil ihres Vermögens verloren haben, nachdem sie auf der Vermögensseite proletarisiert wurden, nachdem sie in der Zeit der sogenannten relativen Stabilisierung, in den Jahren 1924–28, die Verluste der Inflation ein klein wenig aufholen konnten, werden sie heute von der Einkommensseite immer stärker proletarisiert.

Die Krise ist so tief, daß zur Erhaltung des Monopolprofits nicht nur ein riesenhafter Lohnraub an der Arbeiterschaft notwendig ist, sondern darüber hinaus die stärkste Beschneidung des Lebensstandards der Mittelschichten. Das ist ganz allgemein festzustellen. Wir müssen darüber hinaus untersuchen, wie es den einzelnen Mittelschichten geht. Denn nur die konkrete Analyse der Lebenslage dieser Schichten gibt uns die Möglichkeit, den Punkt zu finden, wo wir vorstoßen können.

(Weitere Artikel zu dieser Frage folgen.)

Protest gegen Streikverbot

Sympathie-Erklärung des Ortsausschußes Delitzsch für die Streikenden in der Weißenfelser Schuhindustrie

Auf Grund eines Antrages der Metallarbeiter-Kartelldelegierten wurde in der letzten Kartellsitzung einstimmig beschlossen, vor sämtlichen Delegierten und Funktionären des Ortsausschusses einen Bericht über den DMV.-Verbandstag in Dortmund erstatten zu lassen. Der Verbandsangestellte und Verbandstagsdelegierte Lebbin, Bitterfeld, sollte das Referat übernehmen. Jedoch der Kollege Lebbin lehnte nicht nur ab, den Bericht zu erstatten, sondern setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um zu verhindern, daß über den DMV.-Verbandstag überhaupt diskutiert wird.

Dem Verbandstagsdelegierten Kollegen König, Halle, der an Stelle Lebbins den Bericht erstatten sollte, wurde von der Gauleitung und dem Hauptvorstand des DMV. unter Androhung der schärfsten Maßnahmen untersagt, Bericht in einer Versammlung des Ortsausschusses Delitzsch zu erstatten. Der Bezirksausschuß des ADGB schreibt u. a.: „Ueber die Tätigkeit einer Organisation können nur die Mitglieder derselben urteilen, es geht nicht an, daß von Gewerkschaftskollegen der anderen Verbände Kritik an der Tätigkeit des Verbandes geübt wird."

So sieht der Kampf der Reformisten aus. Die bürgerliche Presse, reaktionäre Regierungsvertreter u. andere Arbeiterfeinde werden mit offenen Armen auf diesen Verbandstagen empfangen, aber „gewöhnliche Gewerkschaftskollegen", was geht die die Tätigkeit der Gewerkschaftsinstanzen an? Die Gewe-Kartelldelegierten haben ihr Urteil über diese Art der Gewerkschaftler wie Lebbin gesprochen.

Nach Bekanntgabe dieses Vorfalls hielt Genosse König, Halle, ein instruktives Referat über das Thema: „Der kapitalistische Ausweg aus der Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften." Dabei behandelte der Referent das neueste Streikverbot und erklärte: Die Aufhebung des Streikrechts und Strafandrohung gegen die Streikenden durch gerichtliche Verfügung bei dem Streik in der Weißenfelser Schuhindustrie müsse mobilisierend und aufrüttelnd für die gesamte Arbeiterklasse wirken.

Nach lebhafter Diskussion wurde eine Sympathie-Erklärung für die Streikenden der Weißenfelser Schuhindustrie einstimmig angenommen, in der es nach scharfem Protest gegen den Streikrechtsraub heißt:

„Die Gewerkschaftsdelegierten sprechen allen streikenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus und fordern die Arbeiterschaft auf, die kämpfenden Kollegen jederzeit mit allen Mitteln zu unterstützen.

Gerade diese vom Amtsgericht Weißenfels erlassene einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaften beweist der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der Führung des außerparlamentarischen Kampfes, wenn sich die Arbeiterklasse und die Gewerkschaft nicht selbst aufgeben will."

Das 2¼ Milliardengeschenk

Durchführungsbestimmungen für Steuergutscheine

Die Reichsregierung hat jetzt die Durchführungsbestimmungen für die Ausgabe und Verwendung der Steuergutscheine auf Grund der Verordnung vom 4. September erlassen. Steuergutscheine werden ausgegeben:

A. bei Bezahlung der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 fälligen (also nicht für zurückliegende) Steuern. Und zwar in der Höhe von 100% bei Entrichtung von Verkehrssteuern, und 40% bei Umsatz-, Gewerbe- und Grundsteuern;

B. bei Mehrbeschäftigung von Arbeitern und Angestellten, soweit sie die Zahl der am 15. August bzw. im Durchschnitt Juni, Juli und August d. J. in einem Betrieb Beschäftigten überschreitet, pro Neubeschäftigten 400 Mk. Die 400 Mk.-Steuergutscheine werden in Quartalsraten à 100 Mk. ausgegeben. Für stillgelegte und jetzt wieder eröffnete Betriebe gilt diese Bestimmung in der Regel nicht, jedoch kann der Schlichter Ausnahmen zulassen.

Steuergutscheine gibt es nur für die neubeschäftigten Arbeiter, die mindestens 40 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Wenn jedoch die durchschnittliche bisherige Arbeitszeit kürzer war, gilt auch diese Arbeitszeit, wenn sie mindestens 24 Stunden pro Woche beträgt. Bei Saisonbetrieben wird Mehrbeschäftigung nur nach den Vergleichszahlen desselben Quartals des Vorjahres berechnet. Jedoch wird hier „mit Rücksicht auf die Wirtschaftsschrumpfung" als Mehrbeschäftigung gerechnet, wenn die Zahl der jetzt Beschäftigten über 90% der vorjährigen Beschäftigungszahl hinausgeht. Nur wenn der Mehrbeschäftigte nach Tariflohn, oder beim Fehlen eines solchen, im ortsüblichen Tagelohn bezahlt wird, wird er angerechnet. Das heißt, der Arbeiter muß mindestens 200 Mark im Quartal verdienen. „Der Steuergutscheinbetrag darf 50 v. H. des durchschnittlichen Entgelts nicht übersteigen, das auf einen Arbeitnehmer des Betriebes in einem Vierteljahr der Mehrbeschäftigung entfällt."

Bei Betrieben mit einer Belegschaft von über 50 Personen werden, wenn die Neueinstellungen über eine Verdoppelung hinausgehen, für den überschießenden Teil nur noch 200 Mark pro Neubeschäftigten und Jahr berechnet.

Steuergutscheine werden ausgegeben in Stücken von 20 000, 10 000, 1000, 200, 100, 50, 20 und 10 Mark. Sie werden vom Reich in den Jahren 1934 bis 1938 wieder eingelöst und können schon jetzt mit entsprechendem Aufgeld (Zins bis zum Tage ihrer Fälligkeit) für andere Steuern in Zahlung gegeben bzw. bei den Banken lombardiert (in Bargeld zum jeweiligen Kurs umgewechselt) werden.

170 gekündigte Angestellte klagen

(Eigener Bericht der SAZ.)

Gera, 29. September.

Heute vormittag verhandelte das Arbeitsgericht im Geraer Schwurgerichtssaal unter starker Teilnahme aller Interessenten.

Zu Anfang der Verhandlung gab der Vertreter der Stadt bekannt, daß er keine Vollmacht habe, irgendeine Kündigung zurückzunehmen, da die endgültige Entscheidung von seiten der Stadt Mitte Oktober fallen wird. Weiter legte der Vertreter der Stadt, Assessor Dr. Frank, eine Liste dem Gericht vor, die die Namen von denen enthielt, die am 30. September entlassen werden.

Es handelt sich hier um 54 Angestellte, von welchen 45 Einspruch erhoben. (Auch eine Tat zum Wirtschaftsprogramm Papens!)

Im Laufe der Sitzung verlangten die Organisationsvertreter eine Pause von 15 Minuten, nach welcher ganz entschieden gegen die Prozeßerschwerung seitens des Staatskommissars vorgegangen wird; weiter wurde verlangt, sofort einen Kammertermin auf nachmittag anzuberaumen, in welchem der Staatskommissar Dr. Jahn persönlich anwesend sein soll, damit man einmal erfahre, was er will.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Salomon, erwiderte, daß am selben Nachmittag dieser Termin nicht stattfinden könne, da er ja auch noch andere Verhandlungen führen müßte; außerdem müsse er sich ernstlich mit der Frage befassen, bei der Regierung vorstellig zu werden, um einen Spezialdezernenten für die Klagen der Stadt Gera zu beantragen.

Darauf wurde die Verhandlung auf den 15. Oktober vertagt. Der Stadt wird aufgegeben, binnen einer Ausschlußfrist von 10 Tagen, bei Androhung einer Verzögerungsgebühr, einen Plan vorzulegen, wer nun noch von den übrigen gekündigten Angestellten zur Entlassung kommt.

Die Kündigungen der Schwerbeschädigten wurden im Vergleichswege zurückgezogen.

Auf die Anfrage der Organisationsvertreter an den Vertreter der Stadt, warum jetzt der Staatskommissar Ueberarbeit angeordnet hat, die von allen Angestellten geleistet werden muß, erklärte Assessor Dr. Frank, darüber verweigere er die Aussage!

Lohnraub in der Speier A.G.

Die über ganz Deutschland verbreitete Schuhwarenfirma Speier A. G. will ihr Verkaufspersonal um 500 Angestellte vermehren. Durch die Papensche Notverordnung würde der Firma für jeden Neuangestellten ein Steuergutschein von 400 Mark zugute kommen. Aber damit nicht zufrieden, beabsichtigt die Firma, die Kosten der Neuanstellungen auf das alte Personal abzuwälzen, indem sie vom 1. Oktober ab eine Gehaltskürzung von 10 Prozent diktiert. Da außerdem der neue Tarif einen Abzug von 8 Prozent gegenüber den alten Sätzen bringt, droht dem Personal ein Abzug von 18 Prozent von seinen bisher schon wirklich nicht allzu glänzenden Gehältern.

Wollen die Angestellten sich diesen Abzug ohne Kampf gefallen lassen? Auf jeden Fall ist es Aufgabe des ZdA, hier energisch einzugreifen.

M. L.

Erfolgreiche SAP-Arbeit im DMV.

In Rüsselsheim erstattete Kollege Quienke von der Kreisverwaltung Mainz den Bericht vom D. M. V.-Verbandstag in Dortmund. Er beschränkte sich im wesentlichen auf organisatorische Fragen, die der Verbandstag behandelte. Mit einer gewissen Routine ging er über die politischen Referate der Tagung hinweg. Umsomehr wurden diese Fragen in der Diskussion, die von zwei SAP- und einem KPD-Genossen geführt wurde herausgestellt. Gen. Münch (SAP) nahm besonders zu den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Brandes zur Frage Demokratie und Faschismus Stellung. Die Kritik des KPD-Kollegen bewegte sich auf derselben Ebene. Gen. Mühlberger (SAP) rechnete in scharfer Weise mit der reformistischen Politik der Gewerkschaftsführung ab. Das Schlußwort des Koll. Quienke war sehr kurz, aber trotzdem bezeichnend. Er, der zweite Bevollmächtigte der Kreisverwaltung Mainz, mußte, eingehend auf die Ausführungen der Opposition, zugeben, daß die Führer der Gewerkschaften Fehler gemacht hätten. Nur mit der Einschränkung: „Diese seien nicht subjektiver, sondern objektiver Art".

Gegen den Willen der Versammlungsleitung wurde die von unseren Genossen eingebrachte Entschließung einstimmig, bei einigen Stimmenthaltungen, angenommen. Darin wird scharf Stellung genommen gegen die ganze reformistische Politik der Verbandsleitung und zum Schluß gesagt:

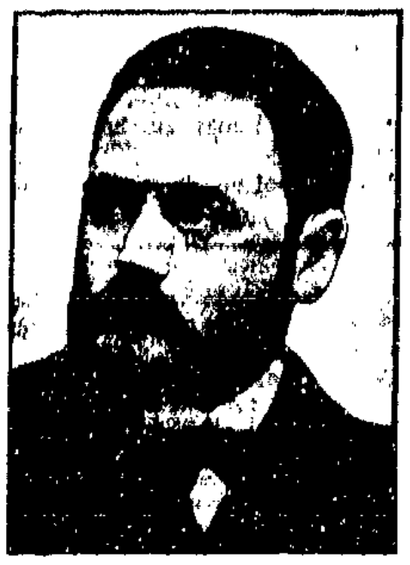
„Die Versammlung verlangt von der Verbandsleitung, daß sie mit allen Mitteln versuchen muß, gegen Lohn- und Unterstützungsraub den gewerkschaftlichen Kampf aufzunehmen, denselben auszuweiten zu einem großangelegten politischen Kampf um die Macht."

EMILE ZOLA Sein Leben, sein Werk, sein Kampf

Von Denise Leblond-Zola

Niemals Konzessionen

Die harte Schule des Lebens hat seinen Geist früh reifen lassen, er lernte das menschliche Elend aus nächster Nähe kennen und konnte die Not einer ganzen Gesellschaftsklasse ermessen. Diese Erfahrungen hinterließen eine Bitterkeit in Zolas Gemüt, die er nie ganz zu verwinden vermochte, und es entstand in ihm der feste Vorsatz, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf dieses Elend und diese Not zu lenken: „Vorwärts! Hier ist das Böse, hit das Übel!" So lautete Zolas Devise, aber wie der Weg jedes Apostels einer Wahrheit, war auch der



Emile Zola

seinige mit Steinen und Schmähungen besät. Wenn er auch schließlich zum Ruhm emporstieg, so blieb ihm doch ein harter, ein langer Passionsweg nicht erspart. Zum Gipfel gelangte er erst nach einem von Kämpfen erfüllten Leben; weder große Beschimpfungen noch beißender Spott blieben ihm erspart, und doch trug ihn der unerschütterliche Glaube an sein Werk vorwärts und bewahrte ihn vor jeder Schwäche. Die Freundschaft wertvoller Männer stützte und begleitete ihn trotz gelegentlichen Versagens durchs ganze Leben. Sogar Bewunderer aus dem Lager seiner Gegner kamen zu ihm und befestigten seinen Willen, den Weg zum vorgesteckten Ziel tapfer zu verfolgen. Niemals gab er um des äußeren Erfolges willen nach, und nichts lag ihm ferner, als Konzessionen zu machen.

Zolas Tod

Am 28. September war Zola mit seiner Frau nach Paris zurückgekehrt. Es war naßkalt, und sie hatten Auftrag gegeben, im Schlafzimmer Feuer anzuzünden. In der Nacht fühlte Frau Zola Beschwerden und stand auf. Der frischen Luft, die sie einige Minuten lang im Nebenzimmer aufatmete, verdankte sie ihr Leben. Zola fühlte sich ebenfalls unwohl. Er versuchte aufzustehen und das Fenster zu öffnen, um Luft zu schöpfen, denn ein furchtbares Erstickungsgefühl hatte sich seiner bemächtigt. Den Diener wollte er zu so später Stunde nicht im Schlaf stören. Diese Rücksicht kostete Zola das Leben, er starb an Kohlengasvergiftung. Im Sommer war das darüberliegende Stockwerk neu hergerichtet worden, und dabei hatten Gipsabfälle den Kamin verstopft.

Seine Frau war bewußtlos geworden und konnte ihm nicht beistehen, als er auf dem Teppich zusammenbrach.

Am folgenden Morgen klopften die Hausangestellten, sehr beunruhigt, weder Herrn noch Frau Zola zur gewohnten Zeit zu sehen, an die Tür des Schlafzimmers und holten, als keine Antwort erfolgte, den Schlosser. Die schnell herbeigeholten Aerzte konnten Emile Zola nicht mehr retten — er verschied am 29. September 1902 gegen 10 Uhr vormittags. Seine Frau wurde sofort in eine Klinik gebracht und kam ein paar Stunden später wieder zum Bewußtsein.

Es ist immer ein großer Schmerz, den Vater zu verlieren; aber nichts läßt sich mit dem furchtbaren Leid vergleichen, diese Nachricht auf so jähe Weise erfahren zu müssen, ohne auch nur im geringsten darauf vorbereitet zu sein. Wir waren alle drei angezogen, um einige dringende Besorgungen für das neue Schuljahr zu machen und wollten uns beeilen, um Vater, der gegen vier Uhr zu uns kommen sollte, nicht warten zu lassen . . . . Wir wunderten uns, daß es plötzlich klingelte. Eugéne Fasquelle und Fernand Desmoulin waren auf die Bitte Frau Zolas gekommen, die in ihrem eigenen Schmerz an uns gedacht hatte und daran, daß dieser Schlag uns gerade so schwer traf, wie sie selbst.

Meine Mutter stieß einen furchtbaren Schrei aus, als sie die Wahrheit erriet, glaubte aber zuerst, man habe Zola ermordet. Mit einer verzweifelten Bewegung schloß sie uns in die Arme, wir fühlten nichts als unser tiefes Leid. Ich weiß nicht mehr, wie wir die Kraft hatten, die Woche bis zum Begräbnistage, den 5. Oktober, weiterzuleben. Noch heute treten mir bei dem Gedanken an jene Tage die Tränen in die Augen, denn damals erkannten wir jäh den unersetzlichen Verlust, den der Tod unseres so guten, gerechten und zärtlichen Vaters für uns bedeutete! Wir durften ihn ein letztes Mal auf seinem Totenbett küssen. Man hatte den Körper einbalsamiert, den Kopf aber unberührt gelassen. Er war schön, auf den stillen Zügen lag ein Schimmer von Größe; endlich durfte er von seinem schweren und arbeitsreichen Leben ausruhen . . . .

Am 5. Oktober sahen Jeanne Rozerot und ihre Kinder inmitten der Volksmenge in der Rue de Bruxelles wie der Sarg Emile Zolas vorübergetragen wurde.

Das Begräbnis war erschütternd in seiner Ruhe. Eine Kompagnie des 28. Linienregiments salutierte, als der Trauerzug sich in Bewegung setzte.

Auf dem Friedhof sprachen der Kultusminister Chaumié und der Präsident der „Société des Gens de Lettres", Abel Hermant. Dann hielt Anatole France seine berühmt gewordene Rede.

„Er lieh der proletarischen Bewegung seine Stimme"

„Zola hat zugeben müssen, daß er in kein Problem einzudringen vermochte, ohne auf den Sozialismus zu stoßen."

Ueber Zolas Stellung zum Sozialismus sagt Mehring:

„Der Naturalismus der Rousseau und der Diderot, wie der Balzac und der Zola hat gewiß eine gemeinsame Tendenz: es ist die Flucht der Kunst aus einem Zustand gesellschaftlicher Entartung, es ist ihre Rückkehr in die erlösenden Arme der Natur. Allein diese Rückkehr der Natur ist tatsächlich nur Fortschreiten in eine höher entwickelte Gesellschaftsordnung. Sie kann nichts anderes sein, da gesellschaftliche Leiden nur auf dem Boden der Gesellschaft, nicht auf dem Boden der Natur geheilt werden können. Hier aber ergeben sich sofort gewaltige Unterschiede zwischen den Rousseau und Diderot einerseits, den Balzac und Zola andererseits. Jene retten sich vor der gesellschaftlichen Fäulnis des Feudalismus zur Natur, will sagen zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung, diese aber suchen Rettung vor der gesellschaftlichen Fäulnis des Kapitalismus, ohne zu wissen, wo sie zu finden ist. So sind jene bei alledem Optimisten, diese aber Pessimisten, Balzac überhaupt, Zola wenigstens bis zu seinen letzten Romanen, in denen er einen utopischen Sozialismus predigt.

Bereits in einem seiner früheren Romane (gemeint ist „Germinal") läßt Zola einen Lieblingsjünger von Marx auftreten und so konfuse Reden führen, daß Zola bei aller experimentell-wissenschaftlichen Methode sich niemals mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt haben kann... Sein dichterisches Schaffen würde unendlich beflügelt worden sein, wenn er die Theorie des proletarischen Klassenkampfes als Schlüssel zur Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen besessen hätte, etwa statt des vulgären Fatalismus eines Lombroso, der ihn oft genug in die Irre geführt hat."

Mehrings Urteil ist im einzelnen gewiß allzu hart; gerechter wird ihm Upton Sinclair, dessen Werke übrigens in vielem dem Werk Zolas verwandt sind. Sinclair schreibt in der „Goldenen Kette": „Zola ist besessen vom Elend der modernen Welt, und indem er Tatsachenmaterial anhäuft, will er den Leser in seiner gründlichen und unbarmherzigen Art überwältigen. Einigen wenigen solcher Tatsachen könnte man vielleicht ausweichen, doch ihrer Gesamtheit kann man nicht entrinnen; man muß zugeben; das ist die Wahrheit. Und zugleich fühlt man das grübelnde Mitleid eines großen Geistes, für den diese leidenden Millionen eine Qual sind, diese seine Phantasie verfolgt und ihn antreibt, seine Aufgabe zu erfüllen.

In Zolas Romanen gibt es weder Helden noch Heldinnen. Sein Held sind die Schwärme von Menschen, die wie Fliegen in unseren überfüllten Städten wimmeln und kämpfen und leiden und zugrunde gehen, ohne daß je ein Strahl des Verständnisses für ihr Schicksal in ihnen aufflammt. Mehr als jeder andere Künstler des neunzehnten Jahrhunderts hat er der proletarischen Bewegung seine Stimme geliehen, der Massenaktion der Industriearbeiter und Bauern, denen die Zukunft gehört."

Tatsächlich wissen wir aus den Aufzeichnungen Zolas, daß er sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt, daß er beispielsweise das „Kapital" gelesen haben muß. Aber recht hat Mehring, als sich unter den Sozialisten, die Zola in „Germinal", in „Mutter Erde", in „Paris" und in „Arbeit" schildert, zwar Anarchisten finden, Bodenreformer, Gewerkschaftler „an sich", die von Politik nichts wissen wollen, Syndikalisten, Fourieristen, Utopisten aller Art, Verkünder lumpenproletarischer Rache — Ideale, Vulgärmarxisten — nur keine Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, keine revolutionären Marxisten. Der Kampf, den die Rebellen und Revoluzzer gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung führen, gipfelt nur zu oft in einem (manchmal bloß geplanten, manchmal jedoch auch ausgeführten) individuellen Terrorakt: Der Maschinist Suwarin („Germinal") vernichtet nach verlorenem Streik das Bergwerk „Le Voreux"; der Lumpenproletarier Hyacinthe Fouan, der den Spitznamen „Jesus" führt („Mutter Erde"), schwärmt für Brandlegung und Plünderung; der zum Kirchenhasser gewordene ehemalige Abbé Pierre Froment („Paris") spielt mit dem Gedanken, die Kathedrale von Montmatre in die Luft zu sprengen; der Töpfer Lange („Arbeit") ist der Ansicht, daß „nur die Bombe das Volk aufwecken kann".

Man wird dagegen vielleicht einwenden, daß Zola im drittletzten Band des „Rougon-Macquart"-Zyklus, im „Geld", Siegesmund Busch das Programm des wissenschaftlichen Sozialismus entwickeln und erklären läßt, aber dieser frühere Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung" und Gefährte Marxens, der in seiner elenden Dachstube planwirtschaftliche Tabellen aufstellt und Organisationspläne für die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung entwirft, dieser schwindsüchtige, dem der Tod bereits den Stempel auf die Stirn gedrückt hat, ist ein Schwärmer ohne Beziehung zum wirklichen Leben, hat er doch beispielsweise keine Ahnung davon, daß die brüderlichen Zuwendungen, die ihn über Wasser halten, aus Wuchergeschäften und Börsenspekulationen stammen. Und dieser Kenner des Akkumulationsgesetzes und der Mehrwerttheorie zieht aus seinen Erkenntnissen doch nur die gleiche fatalistische, ganz und gar unrevolutionäre Lehre, wie sie schon die dumpfe, unaufgeklärte Arbeiterfrau in „Germinal" gezogen hat; so wie die Maheude der Ansicht ist, „man werde es gar nicht erst nötig haben, sich einzumengen, die Bude würde von selbst in die Luft fliegen", so glaubt auch Siegesmund Busch, die herrschende Klasse werde sich schon selber zugrunde richten; „wir warten ab, bis alles zusammenbricht".

Und wenn Busch schließlich, am Ende des Romans und seines Lebens, soweit gekommen ist, an Stelle der früher verteidigten „Enteignung gegen Ablösung" die Expropriation en bloc durch den kollektivistischen Staat" zu fordern, wenn er aus seinen Aufzeichnungen und Tabellen die Vision eines Zukunftsstaates emporsteigen läßt, der uns in vielem an den Sowjetstaat von heute erinnert („Ich verlange ein leitendes Komitee für jeden Produktionszweig, das die Produktion nach dem Verbrauch zu regeln hat . . . in den Städten, auf den Feldern werden ganze Heere von Industriearbeitern, ganze Armeen von Landarbeitern tätig sein, unter der Leitung von Führern, die sie selbst gewählt haben, und unter dem Gesetz von Vorschriften, die von ihnen selbst geschaffen worden sind"), wenn Busch endlich so weit ist, läßt Zola ihn sterben und sein Werk fällt der rachsüchtigen Wut seines Bruders Adolf, des Börsenjobbers, zum Opfer, ohne gelesen worden zu sein, ohne gewirkt zu haben.

Kleine Litanei vom Unwert der Besitzlosen

Dieses Dasein ist einmal so:
Viele werden nicht satt und froh.
Und es wird täglich schlimmer.
Darum erinnere dich immer:

Es geht nicht um das, was du bist,
Sondern um das, was du hast.
Der Arme fällt andern zur Last
Und ist in jedem Falle
Vogelfrei für alle.

Wenn du aber verdingst, was du hast:
Deine Arbeitskraft gegen geringe Entlohnung,
Ohne daß man dir garantiert Nahrung und Wohnung,
Bist du in jedem Falle
Kapital für alle.

Und vor allem sage nie, was dir nicht paßt,
Hüte dich, überhaupt zu denken und aufzumucken.
Vergißt du nämlich, dich jemals zu ducken,
Bist du in jedem Falle
Ein Lump für alle.

Dieses Dasein ist einmal so:
Viele werden nicht satt und froh.
Und es wird täglich schlimmer.
Nur auf dich kommt es an, ob für immer!

Walter Steinbach.

Gottesdienst auf der Drehbühne

Auf Bühnen hat sich schon manches zugetragen, und trotzdem findet man immer noch was Neues. Neuerdings wird aus Amerika gemeldet, daß dort eine Gefängnisverwaltung auf die sinnreiche Idee gekommen ist, in der Gefängniskirche eine Drehbühne aufzurichten. Entsprechend der Zusammensetzung der jeweiligen Kirchengemeinde können die Altäre der verschiedensten Konfessionen durch die Inbetriebsetzung der Drehbühne in Anspruch genommen werden. Durch eine Hebelstellung kann man also die Kirche in eine protestantische, katholische, baptistische, russisch-orthodoxe, jüdische und methodistische verwandeln. Man sollte meinen, die geistlichen Kulissenschieber sollten ihren Betrieb nicht allzu sachlich einrichten, damit bei den Besuchern nicht die Erkenntnis dämmert, es sei alles Theater.

Der Schöpfer der „Internationale" gestorben

Pierre Degeyter ist im Vorort St. Denis in Paris im Alter von 84 Jahren gestorben.

Es gibt wohl keinen Proletarier, der nicht die mitreißenden Klänge der „Internationale", des gemeinsamen Kampfliedes aller Unterdrückten der Welt, kennt. Der Rhythmus dieses Liedes, der Tausende zum Kampf aufgerüttelt hat, der das russische Proletariat zum Siege begleitet hat, ist nicht von einem Akademiker der Musik geschaffen worden. Genosse Degeyter war Drechsler, er hat die Melodie der Internationale in der Praxis des Klassenkampfes geformt.

Der Schöpfer der Melodie der „Internationale" ist seinem Werk für die Revolution auch im hohen Alter treu geblieben. Er hat den Weg der Reformisten nicht mitgemacht, er hat im Jahre 1921 der französischen Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Von dieser Stunde an haben die französischen Reformisten auch nicht mehr einen Pfennig für den längst arbeitsunfähig gewordenen verdienstvollen Genossen übrig gehabt. Die Solidarität der Genossen der kommunistischen Partei Frankreichs hat ihn in den letzten Jahren vor der größten Not bewahren müssen.

Die in den Händen der kommunistischen Partei liegende Bezirksverwaltung von St. Denis hat beschlossen, Pierre Degeyter auf Kosten der Gemeinde beisetzen zu lassen. Proletarier der ganzen Welt werden ihres toten Klassengenossen, der ihnen ihr größtes Kampflied gegeben hat, gedenken.

Wo herrscht wirkliche Armut

Die Vereinigung braunschweigischer Arbeitgeber sagt in ihrem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht:

„Die Not ist riesengroß. Die Oeffentlichkeit spricht größtenteils freilich lediglich von der Notlage der in abhängiger Arbeit lebenden Menschen. Die Notlage der Arbeitgeber ist jedoch mindestens die gleiche; vielfach noch viel größer und seelisch noch unerträglicher."

Für die Leute müßte was getan werden!

Schiff in Seenot

35 Mann ertrunken?

San Francisco, 29. September.

Der japanische Frachtdampfer „Oregon Maru" hat den amerikanischen Dampfer „Nevada" auf dessen Hilferufe hin in der Nähe der Insel Amtschitka im Behringmeer aufgefunden, war jedoch infolge des starken Sturmes nicht in der Lage, die 35 Mann starke Besatzung des gestrandeten Dampfers zu retten.

108 beladene Förderkörbe abgestürzt

Tambach-Dietharz (Thüringen), 29. 9.

An der Drahtseilbahn der Hertsteinwerke Tambach-Dietharz, die den Speicher am Bahnhof mit dem Steinbruch verbindet und etwa 7½ km lang ist, riß aus noch nicht geklärter Ursache unweit der Verladestelle das Förderseil. Alle 108 beladenen Förderkörbe, jeder etwa 12 Zentner schwer, stürzten aus einer Höhe von 40 Metern in die Tiefe. Glücklicherweise sind keine Arbeiterleben zu beklagen. Ein an der Strecke auf einem Mast arbeitender Aufseher konnte sich im letzten Augenblick durch Abspringen retten. Eine Landstraßenüberbrückung wurde von einem der Körbe durchschlagen. Ein Wagen stürzte vor den Augen zweier Touristen nieder, die mit dem Schrecken davonkamen. Der Betrieb ist für einige Tage stillgelegt.

„Die Nazis sind friedliche Bürger“

sagt der Staatsanwalt des Beuthener Sondergerichts — Neue ungeheuerliche Gefängnisurteile des Klassengerichts

Wir wissen, daß jede Rechtsprechung im kapitalistischen Staate klassenbedingt ist, und daß deshalb jede Justiz Klassenjustiz sein muß. Daß aber das notverordnete Sondergerichtsverfahren auch mit der bürgerlichen Rechtsprechung nicht mehr das geringste zu tun hat, daß vielmehr die Sondergerichtsbarkeit den durch den ökonomischen Zusammenbruch der Bourgeoisie bedingten schärfsten Klassenkampf von oben darstellt, bewies die am 28. d. Mts. hier stattgefundene Verhandlung gegen 4 Proleten.

Der Anklage lagen folgende Vorfälle zugrunde: Am 25. Juni zogen die Nazis in uniformierten Scharen durch die Stadt, wobei der KPD-Genosse Krassny, der sich mit zwei Frauen unterhielt, von den braunen Helden in der bei Hitlers üblichen gemeinen Weise angepöbelt wurde. Sie bezeichneten ihn als „roten Lumpen“ und stießen die jedem Proleten aus eigener Erfahrung bekannten Drohungen aus. K., der ein sehr ruhiger und überlegter Mensch ist, hielt es unter seiner Würde, die Anpöbelungen dieser üblen Gesellen zu beantworten. — Gegen ½11 Uhr stieß ein von den Nazis nach berühmtem italienischen Muster organisiertes und mit Stöcken ausgerüstetes „Strafkommando“ auf der Bahnhofstraße auf den dort spazierengehenden Gen. Krassny. Als sie K. sahen, stürzten sie sich mit dem Rufe:

„Das ist der Lump, der uns vorher geschlagen hat“

auf ihn ein. K. wurde übel zugerichtet und brach bewußtlos zusammen. Er versuchte, nachdem er wieder zu sich gekommen war, sich zu verteidigen und entriß hierbei einem der Angreifer einen Dolch. Hierbei wurde er von einem herbeieilenden Polizisten verhaftet.

Inzwischen kam es infolge des Menschenauflaufs zu weiteren Zusammenstößen zwischen Nazis und Antifaschisten. Auch der Angeklagte Keller wurde hierbei von Nazis überfallen. Soweit die Vorfälle. Am nächsten Tage wurde K. verhaftet. Am vergangenen Sonnabend wurde Keller und die Genossen Krebs und Peisak in Haft genommen, trotzdem die letzteren die Vorgänge nur vom Hörensagen kannten. Infolge der Schnelligkeit des Verfahrens war es den Genossen unmöglich, für genügend Entlastungszeugen für ihre Verteidigung zu sorgen. Auch die „Rote Hilfe“ hatte es versäumt, rechtzeitig einen Verteidiger zu beauftragen. Es war daher nur selbstverständlich, daß sich die Beuthener Ortsgruppe der SAP außer für die Verteidigung ihres Genossen auch für die der KPD-Genossen bemühte. Wir haben hierdurch der KPD praktisch unseren Willen zur Einheitsfront bekundet. —

Die Verhandlung war gekennzeichnet durch die massenweise von der Staatsanwaltschaft aufgebotenen Nazi-Zeugen. Die Angeklagten Krebs und Peisak bekundeten, daß sie zur Zeit der Vorfälle bereits zu Hause waren. Keller war mit seinem Freund auf dem Heimwege.

Die Nazizeugen sagen über die Zusammenstöße auf der Bahnhofstraße mehr oder weniger das gleiche aus. Offenbar sind ihnen doch die Vorfälle einigermaßen mit Nachdruck ins Gedächtnis gerufen worden. Aber schon hier gelingt es dem Verteidiger, Gen. Oppler, durch geschicktes Kreuzverhör einige Zeugen in Widersprüche zu verwickeln. Der Angeklagte Krebs gibt an, mit seinem Vetter verwechselt worden zu sein. Der Staatsanwalt verdächtigt diesen der Mittäterschaft und verhaftet ihn im Gerichtssaal. Peisaks Mutter bekundet, daß ihr Sohn zur fraglichen Zeit zu Hause gewesen wäre. Dagegen wurde es dem Gen. Krebs zum Verhängnis, daß seine Mutter sich in durchaus begreiflicher Weise nach 3 Monaten auf nichts mehr erinnern kann. Kellers Freund und sein Bruder verschaffen diesem ein durchaus klares Alibi, dem aber das Gericht keinen Glauben schenkt.

Wie der heutige Staat versucht, die Arbeiterparteien zu korrumpieren, geht aus der Aussage eines Kriminalbeamten hervor, der behauptet, von einem in der KP organisierten Gewährsmann erfahren zu haben, daß ein planmäßiger Ueberfall vorgelegen habe. Man benutzt die unerhörtesten Methoden, um anständige Proleten ins Gefängnis zu bringen. Ein Verfahren, das genügt, um die Anständigkeit dieser „autoritären“ Verwaltungsmaßnahmen zu kennzeichnen.

Gen. Oppler, der schon vorher bei der Debatte um die Vereidigung der Zeugen die Argumente des Staatsanwalts zerpflückte, wies in seinem Plädoyer überzeugend nach, daß eigentlich die „friedlichen“ Bürger, wie der Staatsanwalt die Nazis bezeichnete, auf die Anklagebank gehörten. Er weist das Gericht eindringlich darauf hin, wie es in einem politischen Prozeß mit den Aussagen von Zeugen, die einer gegnerischen Partei angehörten, bestellt sei und kennzeichnete das Verhalten der Kripo in gebührender Weise.

Der Staatsanwalt hatte für Krassny 3 Jahre Zuchthaus, für die anderen drei Genossen je 2 Jahre Gefängnis beantragt.

Das Gericht erkannte für Krassny auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft, für Krebs auf 1 Jahr Gefängnis, für Keller auf 9 Monate. Der SAP-Genosse Peisak wurde freigesprochen.

Nazi-„Helden“

Nazi vor dem Sondergericht

Am Mittwoch hatten sich die Nationalsozialisten Grzeschik, Horst Menke, Walter Goldmann und Kurt Krause aus Brockau vor dem Breslauer Sondergericht zu verantworten.

Am Wahlsonntag hatte der in Brockau wohnende und in ganz Brockau als schwachsinnig bekannte Arbeiter Paul Piotrowski einem Schuljungen das Hakenkreuz abgerissen. Vier zufällig anwesende SA-Leute trauten sich zunächst nicht, Piotrowski zur Rede zu stellen, sondern forderten erst — Helden wie sie waren — Verstärkung an. Die ließ nicht lange auf sich warten, und so überfielen 14 dieser Banditen Piotrowski. Sie schlugen ihn brutal mit Gummiknüppeln und Schulterriemen nieder. Als er am Boden lag, wurde er bestialisch mit den Füßen bearbeitet.

Der Angeklagte Menke wird von den meisten Zeugen mit aller Bestimmtheit als einer derjenigen wiedererkannt, die Piotrowski mit dem Gummiknüppel geschlagen haben. Der Angeklagte bestreitet aber ganz entschieden, überhaupt einen Gummiknüppel besessen zu haben. (In einer später stattfindenden anderen Gerichts-Verhandlung, in der Menke als Zeuge auftrat, verweigerte er auf die Frage des Vorsitzenden, ob er einen Gummiknüppel besessen habe, jede Aussage. Das gibt zu denken!)

Goldmann wird als Schläger wiedererkannt. Beide Angeklagten wollen natürlich wie üblich in Notwehr gehandelt haben. Das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Kämpf verurteilt die beiden Angeklagten zu nur je 3 Monaten Gefängnis.

Proleten vor dem Sondergericht

Vor demselben Sondergericht hatten sich die Arbeiter Franz Piotrowski, Erich Hellmann und Fritz Drauschke zu verantworten. Ihnen wird zur Last gelegt, die Angeklagten des anfangs geschilderten Prozesses niedergeschlagen zu haben.

Die drei Angeklagten wollten gemeinsam eine Radtour unternehmen. Der brutale Ueberfall der SA-Leute auf den Bruder des Angeklagten Franz Piotrowski wurde wie ein Lauffeuer in Brockau bekannt. Da Paul Piotrowski nicht voll zurechnungsfähig ist, ging ihn der Angeklagte Franz Piotrowski suchen, um ihn nach Hause zu schaffen. Piotrowski kam ans Wahllokal, traf Menke und stellte ihn zur Rede, warum er seinen Bruder geschlagen habe.

Der SA-Mann schrie ihn an: „Wenn du erst große Geschichten machst, so kriegst du noch mehr wie dein Bruder“ und gab ihm einen Stoß. Darauf riß Piotrowski in Notwehr dem Menke einen Gummiknüppel weg und schlug auf ihn ein.

Die Zeugen Goldmann und Plüschke, SA-Leute, behaupteten ebenfalls, von Piotrowski geschlagen worden zu sein. Was aber auffallenderweise von anderen Zeugen nicht bekundet wird.

Der Staatsanwalt Beier stellt die Aussagen der Angeklagten als unwahr hin. Er beantragt bei Piotrowski, da er zwei verschiedene Körperverletzungen begangen habe, 4 Monate Gefängnis. (Also nicht die Mindeststrafe!) Das Gericht verurteilt Piotrowski zu je 1 Monat, zusammen 3 Monaten Gefängnis, den Angeklagten Drauschke zu einem Monat Gefängnis. Der Angeklagte Hellmann wird wegen nicht einwandfrei erwiesener Teilnahme mangels Beweisen freigesprochen.

Jahresfeier-Besucher!

Zu unserer großen Freude ist die erste Veranstaltung, die um 20 Uhr organisiert war, über alles Erwarten schnell ausverkauft. Wir haben es gewagt, eine zweite Veranstaltung, die um 17 Uhr beginnt, mit genau demselben Programm, demselben Film und mit allem Drum und Dran zu machen. Die Genossinnen und Genossen, die etwas diktatorisch als Jubilare zur ersten Veranstaltung bestimmt sind und die Besucher, die zur Abendveranstaltung keine Karten mehr bekommen haben, werden im Interesse der Partei gern die vorhergehende Veranstaltung besuchen. Es kommt hier nicht darauf an, daß der Einzelne an der Feier teilnehmen kann, sondern es kommt vielmehr darauf an, daß wir nach außenhin zeigen können, welch organisatorischer Faktor die SAP noch darstellt.

Deshalb mit allen verfügbaren Kräften die nächsten Tage noch geworben für die Nachmittag-Veranstaltung.

Ist das wahr?

Lohnraub bei den graph. Hilfsarbeitern Breslaus

Wie in Berlin und anderen Städten, versuchen auch in Breslau die Druckerei-Unternehmer, den Lohnraub von ca. 2 Mark pro Woche bei den graphischen Hilfsarbeitern auf Grund des ergangenen Schiedsspruches durchzuführen. Die graphischen Hilfsarbeiter sind aber auch hier nicht bereit, diesen Lohnabbau gutwillig zu schlucken. Und angesichts der energischen Abwehrkämpfe der graphischen Arbeiter in Berlin (Elsner und jetzt Scherl) haben die hiesigen Druckerei-Unternehmer etwas Furcht, das heiße Eisen anzufassen.

In dieser Situation hat anscheinend die sozialdemokratische Geschäftsleitung der Volkswachtdruckerei den Ehrgeiz, dem Privatkapital zu Hilfe zu kommen und den Vorreiter beim Lohnabbau zu spielen. Nach den im graphischen Gewerbe von ganz Breslau umlaufenden Gerüchten hat die „Volkswacht“-Geschäftsleitung schon am Donnerstag, den 29. September, ihrem Personal angekündigt, daß ab kommender Woche die Lohnreduzierung bei den graphischen Hilfsarbeitern der Volkswachtdruckerei durchgeführt würde. Die dortigen Hilfsarbeiter sollen sich, wenn auch widerwillig, damit abgefunden haben. Jedenfalls wird diese Sache jetzt schon von privaten Druckerei-Unternehmern gegen ihre Arbeiter ausgenützt.

Wir können das kaum glauben. Es wäre geradezu ein Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden graphischen Hilfsarbeiter nicht nur in Breslau, sondern im ganzen Reich, wenn ausgerechnet ein sogenanntes Arbeiterunternehmen mit dem Lohnraub beginnen und damit der Kollegenschaft in den privaten Druckereien die Waffe des Widerstandes aus der Hand geschlagen würde.

An die Belegschaft des St. E. W. Breslau!

In der Sitzung der Vertrauensleute des Städtischen Elektrizitätswerks, die Stellung genommen hat zu dem neuen Lohnabbau, den die Regierung den Gemeindearbeitern aufzwingen will, ist beschlossen worden, sich mit folgender Entschließung an die gesamte Belegschaft zu wenden:

„Die Vertrauensleute des Städtischen Elektrizitätswerks sind der Auffassung, daß ein weiterer Lohnabbau eine Unmöglichkeit ist. Sie fordern die Belegschaft auf, alles zur Abwehr des Lohnraubs vorzubereiten und jederzeit bereit zu sein, den Kampf gegen alle Verschlechterungen zu führen.“

Sittlichkeitsverbrechen?

Breslau, 29. September.

Am 18. September hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, eine geisteskranke Frau von ihrer Familie entfernt und ist am 19. September morgens in einer Verfassung zurückgekehrt, die auf ein Sittlichkeitsverbrechen schließen ließ. In lichten Augenblicken hat die Kranke angegeben, sie habe vor einem Gewitter in dem Pavillon am See im Südpark Schutz gesucht; dort sei sie von mehreren Männern überfallen worden, die ihr die Hände auf den Rücken gebunden und sie mißbraucht hätten. Am 19. September, als es schon hell war, habe sie ein älterer Herr gefunden, der ihr die Fesseln gelöst habe.

Rote Kinderwelt

Ein neues Lied, ein besseres Lied

O, Freunde, will ich euch dichten,
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen!

Vier Hauptwörter

Der Lehrer schreibt an die Tafel die Wörter: „Furche, Sonne, Norwegen, Wasser.“ Daraus sind vier Sätze zu bilden.

Der kleine Karl darf als erster seine Sätze vorlesen.

„Furche Woche hat mein Vater Pleite gemacht. Sonne Pleite ist noch nie dagewesen. Nor wegen der Steuern ist das passiert. Wasser da macht, weeß er noch nicht.“

Politisch und sittlich gefährdet

Die Roten Falken in Bayern sind verboten. Die Polizei erwischt eine Falkengruppe in ihrer blauen Kleidung. Sie verlangt sofortige Beseitigung der Kleidung. Die Kinder ziehen die Sachen aus, müssen sie aber sofort wieder anziehen, da sie, um der Polizei ein Schnippchen zu schlagen, sich nichts anderes unter die Oberkleidung angezogen hatten.

Schulaufgabe

„Also du hast 10 große Kartoffeln und sollst für 3 Personen zum Mittagessen kochen. Wie machst du es, daß alle gleich viel bekommen?“ „Ich koche Kartoffelsuppe, Herr Lehrer!“

De foalsche Adresse

De Glungel Christiane hoote ded Nacht über 'sch Reissa ei de Knucha gekriegt und nu loag se eim Poochte und joammert ei eem Biegen.

Dr ale Glungel wußte sich keen Roat nich, woas a mit dam ale Hefte macha sullte. Uf de letzte meent a: „Lon 's gutt sein Mutta, ich foahr noach Brassel zum Dukter und war dr vo dam a woas verschreiba lon, do wirschte glei Ruhe hoan.“

Dr Glungel sockte nu ob. Ei dem Brassel kunnt a aber ni glei an Dukter finda, weil a fremde woar. Und wie groade a Studentel mit ner guldrändigen Mitze bei 'm verbei ging, frug a dan, wu eegentlich a Dukter wohnte.

„Nu je nee“, lachte dr Studente, 's woar 'n hingerlistiger Kärle woa a, dar sulche, „do giehn Se doch hie nei, dohie wohnt ja a Dukter.“

Dr Gungel guckte uf de Tuffel, die de vurne oam Hause woar, nickte zufriede mit 'm Kuppe, dernochen rannt a de Treppe nuf, kloppte oa und machte nei.

„Ach Herr Dukter“, meent a, „sein Se doch asu gebata und verschreiba Se amoal meiner Alen a Rezept, verleichte a Fläschverle Teelöffelweise oder a wing Eireibe, se hoats über Nacht ei de Knuche gekriegt und halts ver Wiehtoat nimmer aus.“

Der Dukter soatzte sich de Prille uf de Noasenspitze, soahg sich da Moan ganz eegen oan, dernochen meent a, indem a sichs dicke Been zwickte und mit a Oogen plinzelte, als ob a lachen tätel „Aber lieber Mann, da sind Sie an die falsche Adresse geraten, ich bin ja Doktor der Rechte, ich kann ihrer Frau nicht helfen.“

„Woas“, meente dr Glungel und soah sich da Moan eegen oa. „Dukter der Rechte sein Se, nu do hoam Se recht, mei Lieber, do kinna Se mener Alen nich halfa, die hoats ja eim linka Beene.“

Examen

Uff em effentliche Exame äner ABC-Schitzenschaul' frägt e Lehrer: „Wer nennt mir ein Wort, das mit einem Q anfängt? — Nu, Wilhelmchen!“ — 's Wilhelmche toht: „Quetsche“. — „Aber Wilhelmchen, wir sprechen doch hochdeutsch und da wird Zwetsche mit Zw geschrieben.“

Da' hinnerher sahts Willemche gahnz hämlich fehr sechr, „as häßt män Lebtag nit: ech zwetsche mer der Finger eh der Thir, 's häßt doch: quetsche; nu gradchel“

Matten Has'

Lütt Matten, de Has',
de mak sik en Spaß,
he weer bi 't Studeern
dat Danzen to lehrn,
un danz ganz alleen
op de achtersten Been.

Keem Reinke, de Voß,
un dach: das en Kostl
Un seggt: „Lüttje Matten,
so flink oppe Padden?
Und danzst allen
op de achtersten Been?

Kumm, lat uns tosam!
Ik kann as de Dam!
De Krei, de spelt Fitel,
denn geit dat canditel,
dann geit dat mal schön
op de achtersten Been!“

Lütt Matten gev Pot.
De Voß beet em dot
un sett sik in Schatten,
verspis' de Lütt Matten:
de Krei, de kreeg en
vun de achtersten Been.

Kindergenossen!

Für diese Zeitungsnummer ist der Platz zu Ende. Leider steht uns nicht mehr zur Verfügung, daß wir die andern Mundarten hätten anführen können. Diese berücksichtigen wir in einer anderen Nummer. Außer den anderen Sachen haben wir schlesischen Dialekt in: „De foalsche Adresse“, Hessen-Nassauische Mundart in: „Examen“ und etwas von der Wasserkante um Hamburg herum, in: „Matten Has'“.

Sendet etwas mehr als bisher Eure Wünsche oder Berichte an untenstehende Adresse. Dem Kindergenossen aus dem Erzgebirge danke ich für seine Arbeit. Etwas davon [illegible]ht heut drinn. Die Mitteilungen der Breslauer und Berliner Freunde werden demnächst berücksichtigt.

Freundschaft!

Rote Kinderwelt, Breslau, Kl. Holzstr. 3.

Aue

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Aue, hatte die Mitglieder eingeladen. Kollege Richter, Aue (Gewerkschaftsangestellter), gab den Bericht vom Verbandstag. Seine Ausführungen bewegten sich im Sinne der Verbandsmehrheit. Unser Genosse wies in der Diskussion auf die Tatsache hin, daß die demokratischen Rechte der Mitglieder weiter eingeschränkt worden seien, daß die Entschließung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sehr unzureichend sei und die vom Verbandstag geforderte höchste Aktivität, Geschlossenheit, Disziplin und Einigkeit nicht bei den Massen der Metallarbeiter auslösen werde. Er forderte Streik gegen jeden Lohnraub, denn nur im Kampf werden wir das Vertrauen der Arbeiterklasse zurückgewinnen. — Die Versammlung hatte auch noch ein Nachspiel. Ein Kollege (SAP) hatte den Zwischenruf gemacht, „daß die Proleten immer die melkende Kuh seien". Daraufhin ging dem Kollegen, der bereits längere Zeit Wohlfahrtsempfänger ist, ein Schreiben vom Gewerkschaftsangestellten Richter zu, in dem gesagt wird, das Verhalten des Genossen käme einer Verbandsschädigung gleich, falls er gemeint haben sollte, daß der Verband die Kollegen als melkende Kuh behandle. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaftsangestellten in der heutigen Zeit anderes zu tun haben sollten, als einen von der Wirtschaftskrise betroffenen Kollegen wegen eines Zwischenrufes mit dem Ausschluß zu bedrohen.

Heidenau

Unsere letzte Mitglieder-Versammlung am vergangenen Montag trug halböffentlichen Charakter. Durch geschmackvoll ausgeführte Einladung hatte die Ortsgruppenleitung zu einem proletarischen Abend unter dem Motto: „Rote Signale gegen Kultur-Reaktion" aufgerufen. Der Besuch war sehr zufriedenstellend, war doch das Sportheim der freien Turner überfüllt. Nicht zuletzt war dieser gute Besuch darauf zurückzuführen, daß Genosse Blachstein, der Leiter der „Nebelspalter", den Abend durch Vorlesungen und Vorführung von Schallplatten ausfüllte. Blachstein hat sich durch das Auftreten mit den Nebelspaltern hier einen guten Ruf erworben. Der Abend selbst verlief durch ausgezeichnete Vorlesungen und Rezitationen von Erich Kästner, Weinert, Brecht, Eisler u. a. proletarische Dichter und Komponisten sehr gut und hat zur Werbung für die Partei stark beigetragen. Das bezeugt auch die Tatsache, daß nach Schluß des Abends der Wunsch von verschiedenen Seiten geäußert wurde, ein so revolutionäres künstlerisch ausgestattetes Programm im Laufe des Winterhalbjahres zu wiederholen.

Leipzig

Saboteure der Einheitsfront. Im Verlauf eines Diskussionsabends zwischen der Freien Jugend West und unserer Leutzscher-SJV-Gruppe wurde eine Kommission gebildet mit dem Ziel, eine gemeinsame Aktion gegen den Arbeitsdienst auf breiter Basis vorzubereiten. Diese Kommission tagte, entwarf ein Flugblatt, das an die Arbeitsdienstler gerichtet war und sie zum Streik für tarifliche Bezahlung ihrer Arbeit aufforderte, und versandte diesen Flugblattentwurf an die in Frage kommenden Organisationen. Die kommunistisch beeinflußten Gruppen ließen jedoch nichts wieder von sich hören, bis wir erfuhren, daß die von der Freien Jugend angeregte Aktion von ihr und den anderen kommunistischen Gruppen auf höhere Weisung sabotiert wurde. Noch mehr! Das eine Kommissionsmitglied, das auf dem Standpunkt verharrte, daß die Aktion im Interesse der proletarischen Jugend richtig sei, wurde wegen Linienverbiegung aus der Freien Jugend ausgeschlossen! Das ist die Tragödie der KPD: wer keine eigene Meinung hat, ist angesehen; wer aber die Fehler sieht und gegen sie ankämpft, der wird rücksichtslos hinausgeworfen. Die kommunistischen Genossen dürfen nicht dulden, daß mit den Interessen der proletarischen Jugend so leichtfertig gespielt wird. Wir stellen ausdrücklich fest, daß auch hier wieder die Führung des KJVD versagt hat. Wir sind jederzeit bereit, gemeinsam Aktionen durchzuführen. Wenn das nicht gelingt, dann wird der SJV auch allein zu kämpfen wissen.

*

Eine seltene Hakenkreuz-Schöne

Leipzig hat seine Sensation gehabt. Am Mittwoch abend ist im Leipziger Nazi-Viertel Schleußig eine besonders schöne Naziotin angetroffen worden. In der Mitte eines lachenden, vor Vergnügen quietschenden Menschenknäuels steht eine Kuh mit dem unschuldigsten Blicke der Welt. Doch es war keine gewöhnliche Kuh, sondern eine aus dem dritten Reich importierte sozusagen. 2 große Hakenkreuze mit den Worten SA! Adolf, Heil Röhm! zierten ihren keuschen Leib. Selbstverständlich interessierte sich auch die Polizei für diese tätowierte Hakenkreuzkuh auf der Schleußiger Promenade. Ein Flitzer erschien und mit Gummiknüppeln wurde die Menge von dem edlen Hakenkreuz-Rindvieh getrennt.

Nachtübung der Nazis im Schutze der Polizei

Sonnabend, den 24. September hielten Dresdner SA-Kolonnen in der Dresdner Heide bei Bühlau eine Felddienstübung ab, die unter Duldung der Polizei bis in den Sonntag ausgedehnt werden konnte. Der Gasthof Wolfig bei Bühlau war Stabsquartier. Im ganzen Ort wimmelte es von Doppelposten, an den Ortsausgängen waren die ganze Nacht über Feldwachen ausgestellt. Einwohner wurden mitten im Ort mit Blendlaternen fixiert, angehalten und nach dem Zweck ihrer Wege befragt. Die Polizei aber — schlief.

Wenn Abwehrformationen der Arbeiterschaft ähnliche Uebungen abhalten würden, Dresdens Polizeipräsident würde nicht nur Massenverhaftungen vornehmen, sondern sehr bemüht sein, die gefaßten Teilnehmer für Monate hinter Schloß und Riegel zu setzen. Die Arbeiter müssen Selbsthilfe organisieren, indem sie sich dem Sozialistischen Schutzbund, der überpartellichen Abwehrorganisation des Proletariats, anschließen!

Aussperrung bei Küttner in Pirna

Bei der Firma Fr. Küttner A. G., Kunstseidenspinnerei in Pirna a Elbe, ist die rund 1800 Köpfe starke Belegschaft zum 1. Oktober gekündigt worden. Am 3. Oktober aber soll der Betrieb für die Belegschaft offen stehen, sofern sie bereit ist, die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 36 Stunden und Minderung der tariflichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Lohnstunde laut Papenscher Notverordnung hinzunehmen. Dem Betriebsrat wurde von der Firma mitgeteilt, daß durch Neueinstellung von etwa 180 Arbeitskräften der Lohn um 20 Prozent gekürzt werden sollte.

Dieses unerhörte Ansinnen wurde vom Arbeiterrat einstimmig abgelehnt. Hätte doch dieser Raubzug der Firmenleitung bedeutet, daß ein Spinner höchstens 21.— RM., eine im Stundenlohn tätige Arbeiterin kaum 11.— RM. in der Woche verdienen würde!

Der Küttnersche Arbeiterrat hat der Firmenleitung greifbare Vorschläge unterbreitet, wonach sofort neue Arbeitskräfte eingestellt werden könnten. Das bis zum Blutschwitzen gesteigerte Arbeitstempo brauchte nur um die Hälfte gemindert werden, und schon gäbe es Arbeit für 1500 und mehr Proleten. Zu welch wahnsinnigen Arbeitsmethoden die von den Reformisten befürwortete Rationalisierung geführt hat, wird bei Küttner so recht bewiesen. Ein Spinner, der noch nach dem Kriege eine Spinnseite bediente, muß heute deren sechs bedienen; eine Zwirnerin, die damals etwa 100 Spindeln überwachte, muß heute bis zu 480 bedienen!

Volle Anerkennung verdient die rasch vollzogene Mobilisierung der Belegschaft durch den Betriebsratsvorsitzenden, den Kollegen Sickert. In einer von rund 1000 Betriebsangehörigen besuchten Versammlung wurde dem Arbeiterrat das volle Vertrauen ausgesprochen und gegen eine RGO-Stimme der Auftrag übergeben, „der Direktion mitzuteilen, daß die Belegschaft einig und geschlossen dieser durch Anschlag verfügten Aussperrung gegenübersteht."

Obwohl einige KPD-Genossen durch die von der Führung planmäßig betriebene Verhetzung der Arbeiter untereinander auch diese von bester Kampfstimmung getragene Versammlung durch ihre bekannten und abgeleierten Parolen zu stören versuchten, hat der gesunde Klasseninstinkt auch bei der großen Mehrheit der RGO-Kollegen angesichts der Absichten der Firma Küttner gesiegt: Sie stellten sich mit einer Ausnahme in die Front der Belegschaft und hinter den Arbeiterrat. Der Lohnraub kann auch nur erfolgreich abgewehrt werden, wenn die Belegschaft einmütig und geschlossen hinter dem Arbeiterrat steht!

Mühltroff

„Alle Lehrer sind Lumpen, und Schade ist der größte." Diese bemerkenswerte Feststellung machte der Nazimann Sümann nach einer Unterhaltung über den Austritt des Landtagsabgeordneten Fischer-Plauen aus der NSDAP, gegenüber einem SAP-Genossen. Zur Rede gestellt, wollte der wackere Nazi auf einmal nichts gesagt haben und stellte unseren Genossen als Lügner hin (eine typisch germanische Art!). Genosse Schade wird diesem Herrn Gelegenheit geben, sich vor anderer Stelle zu verantworten.

*

Am Montag hat man hinter verschlossenen Türen im Mühltroffer Stadtparlament die moderne Sklaverei, genannt „Freiw. Arbeitsdienst", beschlossen. Scheinbar ist das Gewissen der Bürgerlichen und Nazis in Anbetracht der kommenden Gemeindewahl nicht ganz rein, da man die Oeffentlichkeit bei dieser wichtigen Frage ausgeschlossen ließ. Die SAP ist Gegner jeder Form des Arbeitsdienstes und fordert Ausführung aller notwendigen Arbeiten nach Tariflohn.

*

„Die Mühltroffer Freidenker fordern tatkräftige Unterstützung der Einheitsfrontbewegung durch den Verbandsvorstand." Diese Forderung wurde in einer Mitgliederversammlung der Mühltroffer Breidenker nach einem Referat über die kulturpolitische Lage einstimmig angenommen. Weiter wird in der Entschließung verlangt, daß der Verbandsvorstand alle Funktionäre anweist, diese Forderung in den politischen Parteien zu propagieren und zu verlangen.

Plauen

Der „stürmische Aufstieg" der „Volkszeitung" hat die merkwürdigsten Folgen für die Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes. Obwohl jede Nummer von ganzen Massen neugewonnener Abonnenten schwärmt, rumort die Abbaumaschine in der Parkstraße in unheimlicher Weise. Im Laufe der letzten Woche sind abermals zwei Arbeiter auf die Straße gesetzt worden, ihr Einspruch wurde — selbstverständlich — vom „Arbeiterrat" abgelehnt. — Selbstverständlich wurde auch der Lohnabbau von der rührigen Geschäftsleitung in vollem Umfange durchgeführt. Die darüber mit Recht empörte Belegschaft machte Anstalten zum Streik, nach umfangreichen Ueberredungskünsten der Geschäftsleitung wurde der Widerstand jedoch mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

*

Nachdem das Reichsbanner bereits in anderen Orten bahnbrechend für die faschistische Reaktion gearbeitet hat, erbot sich nun auch in Plauen das Reichsbanner Schwarz-rot-gold, aus seinen Mitgliedern ein geschlossenes Arbeitslager im Arbeitsdienst zu stellen. Zusammen mit den bürgerlichen Ertüchtigungsorganisationen, Volksbund und anderen nationalen Verbänden, wird das Reichsbanner zwei Arbeitslager in der Umgebung Plauens (voraussichtlich am Stadion) stellen. Die Verhandlungen mit dem Plauener Stadtbauamt haben bereits begonnen. — Freiheit!

Schneeberg

In der letzten, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der SAP gab Genosse Krauß einen Bericht über die bisherige Arbeit im Stadtparlament und die Stellung der SAP zur Gemeindewahl 1932. — In Schneeberg dürfte eigentlich einer gemeinsamen Arbeiterliste nichts im Wege stehen, weil die Linke unter dem Druck der bürgerlichen Mehrheit geschlossen aufgetreten ist. Doch die Bezirkssekretariate werden dies zu verhindern wissen, wenn auch der Wille dazu bei den Arbeitern der SPD und der KPD vorhanden wäre. Unter allen Umständen muß Listenverbindung mit allen proletarischen Parteien herbeigeführt werden. — Die Kandidatenliste der SAP wurde aus der Versammlung heraus aufgestellt. Spitzenkandidat wurde Genosse Krauß. Unter organisatorischen Angelegenheiten wurde eine Pressewerbung für die nächsten Tage angekündigt.

*

Am Sonnabend, 23. September, fanden sich die Genossen des SJV aus dem UB Erzgebirge zur Diskussion über die Funktionärinformation zusammen. Die gute Beteiligung bewies, daß unsere Organisation innerlich gefestigt auf dem Posten steht. Genosse Gerber gab ein instruktives Referat über die Umgruppierung und Aktionsfähigmachung des SJV. Wir müssen durch straffe Funktionärschulung der deutschen Arbeiterklasse die revolutionäre Führung geben. Die Auer Genossen berichteten über ihre erfolgreiche Aktivgruppenarbeit, die für den UB beispielgebend werden soll.

Sonnenheim für Arbeiterkinder

Nur wenige Monate nach der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei bauten die Parteigenossen der Ortsgruppe Planitz-Se. für ihre im Januar gegründete Kindergruppe ein eigenes Unterkunftshäuschen, das Anfang Juli fertiggestellt wurde und am 20. August eingeweiht werden konnte. — An Stelle einer Ferienfahrt mit mehreren Dutzend Kindern für 8—10 Tage ins Erzgebirge zog es die Helferschaft vor, einen Beschluß zu fassen, der besagt: für die Kosten der Ferienfahrt in diesem Jahre einen Unterkunftsraum mit einem Spielplatz zu schaffen, der den Kindern zur dauernden Benutzung steht. Nach längeren Mühen wurde in den Volkshaus-Anlagen ein Grundstück von 300 qm gepachtet. Sofort wurden allerlei Vorarbeiten getroffen und anschließend begannen mit großem Eifer auch die Facharbeiten. Nachdem der Grund ausgeschachtet war, kamen die Maurer, Zimmerer, Tischler, Glaser, Schlosser und viele Hilfsarbeiter, und innerhalb von 3 Wochen war ein neuer schöner Platz mit schöner Gartenanlage aus der Erde gewachsen. Die Innenfläche des Raumes beträgt 24 qm und faßt 50—60 Kinder.

Zur Einweihung fanden sich am Sonnabend Nachmittag und Abend 170 Kinder und 200 Parteigenossen und Eltern ein. Ein schönes Bild zeigte der Abend, als unter brennenden Lampions und bunten Girlanden allerlei Spiele gezeigt wurden. Erst in den Nachtstunden traten die Besucher den Heimweg an. An dieser Stelle sei allen, die ihre Kraft und Hilfsbereitschaft in irgendeiner Form bewiesen haben, nochmals recht herzlichst gedankt. Freundschaft!

Organisations-Nachrichten

Versammlungskalender

SAP Dresden:

Abt. Ost: Dienstag, 4. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung in der Hasenschenke, Bärensteinerstraße. Genosse Richter spricht über unsere Stellung zur KPD.

Abt. West: Mittwoch, 5. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Luftbad Cotta. Die Genossen Melcher und Siegfried Wagner sprechen über „Wählen oder nicht wählen?" Stellungnahme zur Reichstags- und Gemeindewahl und zum Volksbegehren.

IHV Dresden: Donnerstag, 6. Oktober, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Bürgergarten Löbtau.

SAP Arbeitsgebiet Pirna:

Sonnabend, 1. Oktober, 16.30 Uhr Erweiterte Arbeitsgebietsleitersitzung im Sportheim Radrennbahn, Heidenau. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht.

SAP und SJV Chemnitz:

Sonnabend 1. Oktober, 19 Uhr, und Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr, Schulungskursus im Jugendheim, Limbacher Straße 7. Thema: „Der Weg zur Macht." Leiter Genosse Eduard Weckerle, Berlin. Unkostenbeitrag 30 Pfg. Arbeitslose 15 Pfg.

Dresden

Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Radebeul

Kurbad Nizza-Bad
alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.
Fernruf 72906

Genosser. Beachtet unsere Inserate!

Alle Schuhreparaturen bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL · Serkowitzer Str. 72 · Nizzastr. 44

Ballonfahrräder v. 55.- bis 90.- Mk., Mäntel v. 1.45 bis 4.50 Mk. Schläuche 0.75 bis 1.20 Mk. — Ersatzteile und Reparaturen
Fr. Philipp, Radebeul, Bahnhofstraße 1

Kauft im Textilgeschäft der kleinen Preise
Anna Barthel
Bahnhofstraße 14.

Genossen besucht nur die Lokale unserer Inserenten

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Taubert
Spezial-Ausschank — Bayr. Bier — Zeininger Kronenbräu
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

Das gute Einfachbier
empfiehlt
Brauerei Großsedlitz

Werbt Abonnenten

W. Kelling Chem. Reinigung Kleiderfärberei.